1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 18 vom 3. Mai 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM

Diese Woche

DGB zum Umweltschutz — **Seite 4**

Delegation der Juventud Sandinista zu Besuch **Seite 8**

Der „Gipfel" und der IWF — **Seiten 10/11**

Vor zehn Jahren . . .

ging auch ein Krieg zu Ende, der Krieg der USA gegen Vietnam. Am 30. April 1975 zogen vietnamesische Truppen in Saigon — heute Ho-Chi-Minh-Stadt — ein, die USA waren geschlagen. Ungefähr ab 1965 engagierten sich die US-Imperialisten direkt militärisch um die Befreiungsbewegung und den freien Norden zu zerschlagen. Außer der Atombombe setzten sie in den Jahren des Vietnam-Krieges ab '69 alles ein, was das Arsenal einer imperialistischen Armee zur Verfügung hat: modernste Waffen, Tausende Soldaten, Flächenbombardements, Giftgas- und Entlaubungseinsätze, Folter, Terror und Massaker, wie das berüchtigte Blutbad von My Lai, wo US-Soldaten über 400 alte Männer, Frauen und Kinder brutal niedermachten.

Der Kampf des vietnamesischen Volkes hat viel gekostet. Der Sieg über die US-Imperialisten hat dem Volk einen hohen Blutzoll abverlangt, die Toten, die Märtyrer dieses Kampfes sind Legion. Und noch heute hat das Volk und das Land an den Folgen zu tragen. Die Verletzten, die Opfer der Gas- und Entlaubungseinsätze, die Krüppel, die die Splitterbombenabwürfe hinterlassen haben, müssen ein Land aufbauen, das von der größten Militärmaschinerie der Welt vernichtet werden sollte.

Der Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes war ein gerechter Kampf, er hat weltweite internationalistische Unterstützung erhalten und er hat bewiesen, daß ein einziges Volk stärker sein kann als die abgesandten Söldner einer Großmacht. Und sie haben dem US-Imperialismus einen schweren Schlag versetzt. Einen Schlag, den man heute noch als das „Vietnam-Trauma" der USA bezeichnet. Der Sieg des vietnamesischen Volkes hat z.B. mit dazu beigetragen, daß die US-Imperialisten es bis heute in Zentralamerika noch nicht gewagt haben, offen mit ihrer Armee einzumarschieren.

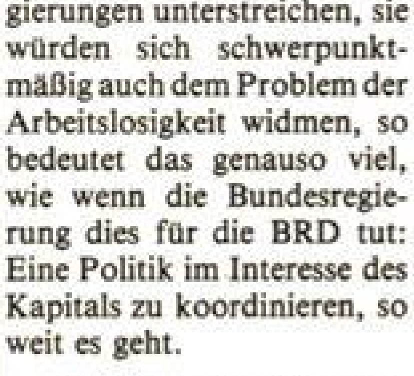
11. Weltwirtschaftsgipfel in Bonn

Protest gegen Gipfel tut not

So stark auch in der öffentlichen Meinung die Ansicht vertreten sein mag, daß es sich bei diesem Bonner Gipfel nur um „reine Show" oder viel Gelaber handele — dieser Eindruck stimmt höchstens zum Teil.

Insofern nämlich, als im Vorfeld bereits einiges abgeklärt ist, bis hin zu abschließenden Verlautbarungen. Wer sich aber die Ergebnisse der letzten Gipfel genauer betrachtet, der wird sehen, daß es da sehr wohl Ergebnisse gibt. Beispielsweise darüber, wie der Internationale Währungsfonds gegen die unterentwickelten Länder einzusetzen ist (siehe Artikel dazu auf den Seiten 10 und 11).

Das wird auch dieses Mal ein Thema sein — die gemeinsame Vorgehensweise der größten kapitalistischen Länder gegen die unterentwickelten. Mehr als bisher im Vordergrund steht bei den „internen Streitigkeiten" die gemeinsame Front gegen Japan, erneut wird es um Handelsgegensätze zwischen den USA und der EG gehen, vor allem aber auch um die Zinspolitik.



Wenn die konferierenden Chefs der verschiedenen Regierungen unterstreichen, sie würden sich schwerpunktmäßig auch dem Problem der Arbeitslosigkeit widmen, so bedeutet das genauso viel, wie wenn die Bundesregierung dies für die BRD tut: Eine Politik im Interesse des Kapitals zu koordinieren, so weit es geht.

Mit allen möglichen Argumenten wird versucht, Protest gegen diese „illustre" Versammlung abzubiegen, vom Ort des Geschehens fernzuhalten.

Um so mehr Grund dafür, sich an der Bonner Demonstration zu beteiligen!

Demonstrationen am 4. Mai

BONN:
13.00 Uhr Josefshöhe (Treffpunkt der KPD: Josefshöhe/Pariser Str.) Kundgebung: Münsterplatz

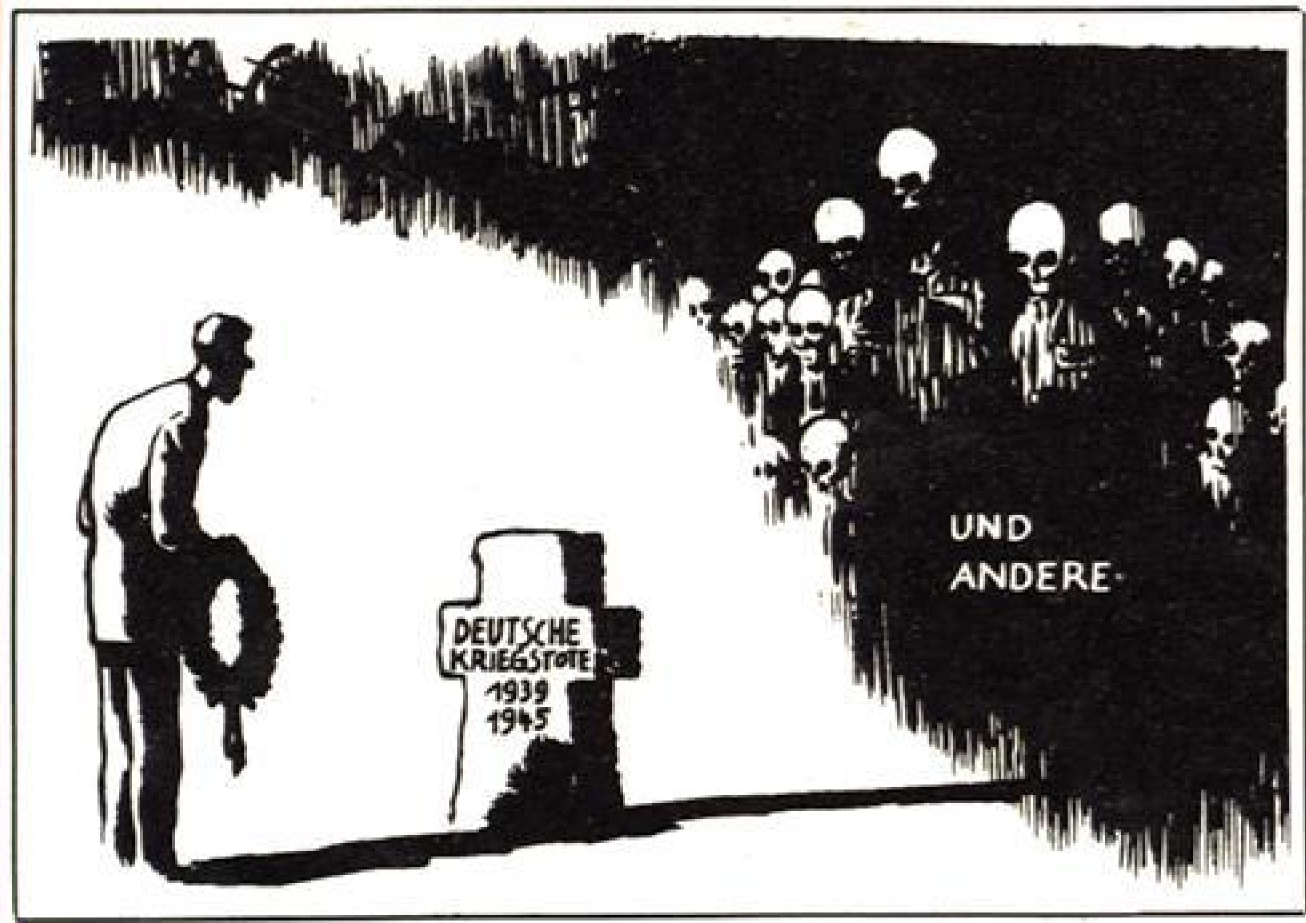
FRANKFURT:
11.00 Uhr Hauptfriedhof, Kundgebung: Paulsplatz

KÖLN:
11.00 Uhr Ebertplatz, Kundgebung: Neumarkt

HAMBURG:
11.00 Uhr Hamburger Str./Schönfelderstr., Kundgebung: Ohlsdorfer Friedhof

Demonstration am 6. Mai

8.00 Uhr Basarmarkt, Neustadt-Süd und 12.00 Uhr in der Nähe von HAMBACH



8. Mai 1945 — Befreiung, aber kein Neubeginn

Am 8. Mai 1945 mußte das faschistische Hitler-Deutschland bedingungslos kapitulieren. 12 Jahre faschistischer Terrorherrschaft und der vom deutschen Imperialismus angezettelte II. Weltkrieg hatten Millionen und Abermillionen Opfer auf den Schlachtfeldern und in den Trümmern, 6 Millionen in den KZs vergaste Juden, Hunderttausende gemordete Regimegegner hinterlassen. Das Ende dieses Schreckens konnte für die Insassen der KZs, die überlebenden Juden, für alle Völker Europas, aber auch für die breiten Massen des deutschen Volkes nichts anderes sein als die Hoffnung auf einen Neubeginn, der Faschismus und Krieg ein für allemal unmöglich machte.

Für die Förderer und Nutznießer der faschistischen Herrschaft allerdings, die Herren der reichsdeutschen Wirtschaft, die Thyssen, IG Farben oder Flick, die Generalität um Keitel und Co., die Schergen der Gestapo und SS war dies eine Katastrophe. Jetzt war ihr Siegeszug von der Anti-Hitler-Koalition mit der Sowjetunion an der Spitze endgültig gestoppt. Eine ganze Reihe von ihnen wanderten nach dem 8. Mai in die Gefängnisse, einige wenige wurden für ihre Verbrechen mit dem Tode bestraft, wenn auch, wie sich schon bald zeigte, viel zu wenige.

Fortsetzung auf Seite 7

US-Handelsboykott gegen Nicaragua

Nur wenige Tage nachdem das US-Repräsentantenhaus die von Ronald Reagan so vehement geforderte 14-Millionen-Dollar-Hilfe für die reaktionären Contra-Einheiten abgelehnt hat, hat die Regierung in Washington einen totalen Handelsboykott gegen Nicaragua angesagt. Provokatorisch erläuterte die Reagan-Administration diesen neuen Angriff gegen Nicaragua in Bonn — wo Reagan zum Weltwirtschaftsgipfel eintraf.

Das Wirtschaftsembargo der USA bedeutet, daß der Handel zwischen beiden Ländern praktisch zum Erliegen kommt und keine Flugzeuge oder Schiffe der beiden Länder mehr in dem jeweils anderen Land anlegen, bzw. landen dürfen. Mit dieser Maßnahme, so sagt die Reagan-Regierung ganz offen, soll „direkter Druck" auf die sandinistische Regierung ausgeübt werden.

Zwar ist der Handel zwischen Nicaragua und den USA nach der Revolution von 1979 ständig zurückgegangen, ist aber immer noch von großer Bedeutung. Im Jahre 1984 beliefen sich die Importe Nicaraguas aus den USA auf die Summe von 115 Millionen Dollar, in der Hauptsache für Agrarmaschinen, Düngemittel und Chemikalien.

Mit der Eröffnung des Handelskrieges durch die USA wird die innenpolitische, wirtschaftliche Situation Nicaraguas noch viel schwerer als bisher. Erste Stellungnahmen aus Managua allerdings bestehen aus kämpferischen Tönen: man will alle Anstrengungen in Produktion und Verteidigung der Revolution verdoppeln, um sich aus dem Würgegriff des US-Imperialismus zu befreien.

Auch im Bundestag: Halbzeitdebatte

Kohl: Lügen und Verdrehungen

Am letzten Donnerstag im April debattierte der Bundestag über eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers, die dieser aus Anlaß des zweiten Jahrestags seiner Wahl im März 83 abgegeben hatte. Dort zog Kohl eine Bilanz zur Halbzeit — natürlich eine positive. Kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen war es nicht überraschend, daß gerade die Lage in diesem Bundesland mit im Zentrum der Debatte stand.

Neues, das wurde schnell deutlich, hatte Kohl in seiner Regierungserklärung nicht zu sagen. Im wesentlichen wiederholte er verschiedene Aussagen, die er bereits bei verschiedenen Anlässen anläßlich der bundesweiten „Halbzeitdebatte“ getroffen hatte.

Als Kernpunkt angeblich sozialer CDU-Politik mußte erneut (obwohl durch die neueste Entwicklung deutlich in Frage gestellt) das Argument der gesunkenen Inflationsrate herhalten, in Kohlschem Originalton:

„Die Inflationsrate, meine Damen und Herren von der SPD, wurde halbiert. Die Preise sind wieder stabil wie zuletzt in den 60er Jahren. Das ist sozialer Erfolg unserer Politik.“

Wider besseres Wissen schlußfolgert Kohl daraus, das Realeinkommen der breitesten Bevölkerungsteile habe sich dadurch erhöht — die Einkommensverluste durch Sozialabbau ließ er bei dieser Rechnung natürlich außen vor. Das Interessante an dieser Aussage ist nicht, daß sie verlogen ist — in dieser Form wurde sie schon verschiedentlich gemacht — sondern daß es die erste inhaltliche Aussage der gesamten Regierungserklärung ist. Was man sicher als Bestandteil jener taktischen Veränderung in der Politik der CDU sehen kann, sich einen mehr sozialen Anstrich zu geben als zu Beginn der Wahlperiode.

Zweiter Schwerpunkt des wirtschaftlichen Teils seiner Erklärung war dann die Förderung der Unternehmerschaft. Hier hatte er wahrlich einen ganzen Katalog von Maßnahmen, die von seiner Regierung getroffen wurden, anzuführen. Besonders hob Kohl dabei hervor:

„Durch Umstellung auf indirekte Forschungsförderung geben wir den Unternehmen neue Chancen für Innovationsentscheidungen in eigener Verantwortung. Generell, meine Damen und Herren, unterstützt die Bundesregierung die Entwicklung zu mehr Selbständigkeit.“

Nachdem er zuerst Ausführungen zur Forschungsförderung überhaupt gemacht hatte, insbesondere verwiesen auf die Organisierung der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Universitäten, wird deutlich, daß es sich hier um eine wesentliche Neuerung der CDU-Politik in den letzten zweieinhalb Jahren handelt: Daß in dieser Zeit die gesamte bundesdeutsche Forschungstätigkeit noch mehr und konsequenter den Interessen der Konzerne untergeordnet wurde.

So habe die Bundesregierung dafür Sorge getragen, daß es zu wirtschaftlichem Wachstum, zu Preisstabilität und zu einer positiven Bilanz der Außenwirtschaft gekommen sei (wobei er nicht mehr, wie noch vor einem knappen halben Jahr, wagt, dafür sich alleine die Lorbeeren zuzuschreiben, sondern eingesteht, daß gerade dies sehr viel mit der Entwicklung des Dollars zu tun hat) — das einzige, was eben noch nicht erreicht sei, sei der Abbau der Arbeitslosigkeit. Dabei fällt auf, daß er versucht, die Aussagen seiner Regierungserklärung von vor zwei Jahren zu verdrehen — damals hatte er die Arbeitslosigkeit keineswegs als eine unter verschiedenen Aufgaben genannt, sondern sie sehr deutlich an die erste Stelle gesetzt. Nun, da er hier auch nicht ansatzweise Positives zu vermelden hat, rückt die ganze Frage in ihrer Bedeutung nach hinten.



Aber nicht nur verdreht wird da, sondern auch gelogen: Kohl behauptet einfach, im offenen Widerspruch zu bekannten Tatsachen, daß wenigstens der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit abgestoppt worden sei. In den verschiedenen anderen Fragen neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Kohl in seiner Rede ansprach, wiederholte er im wesentlichen die bekannten CDU-Aussagen: Selbstlob für das Katalysator-Auto (natürlich ohne den Mut auch nur entfernt auf die gesamte Entwicklung gerade dieser Auseinandersetzung einzugehen), die Renaissance der Familie, die so dringend als Fundament dieses Staates nötig sei und einige andere solcher Aussagen mehr.

Von den verschiedenen Sprechern der Opposition, die in dieser Debatte auftraten, vor allem Jochen Vogel für die SPD und Otto Schily für die Grünen, ist auch noch die Besonderheit zu erwähnen, daß der Finanzminister von NRW, Posser, im Zuge des Wahlkampfes die Gelegenheit bekam, sich groß zu profilieren. Sein Hauptthema war es, die Absichten der von Kohl erneut angepriesenen Steuerreform zu enthüllen, was er auch weitgehend tat (natürlich auch er ohne die eigene SPD-Steuerpolitik zu betrachten). Insbesondere hob Posser hervor, daß die „Reform“ es mit sich bringt, daß der Lohnsteuersatz innerhalb der nächsten drei Jahre von 17,2 auf 18,3 Prozent ansteigen werde.

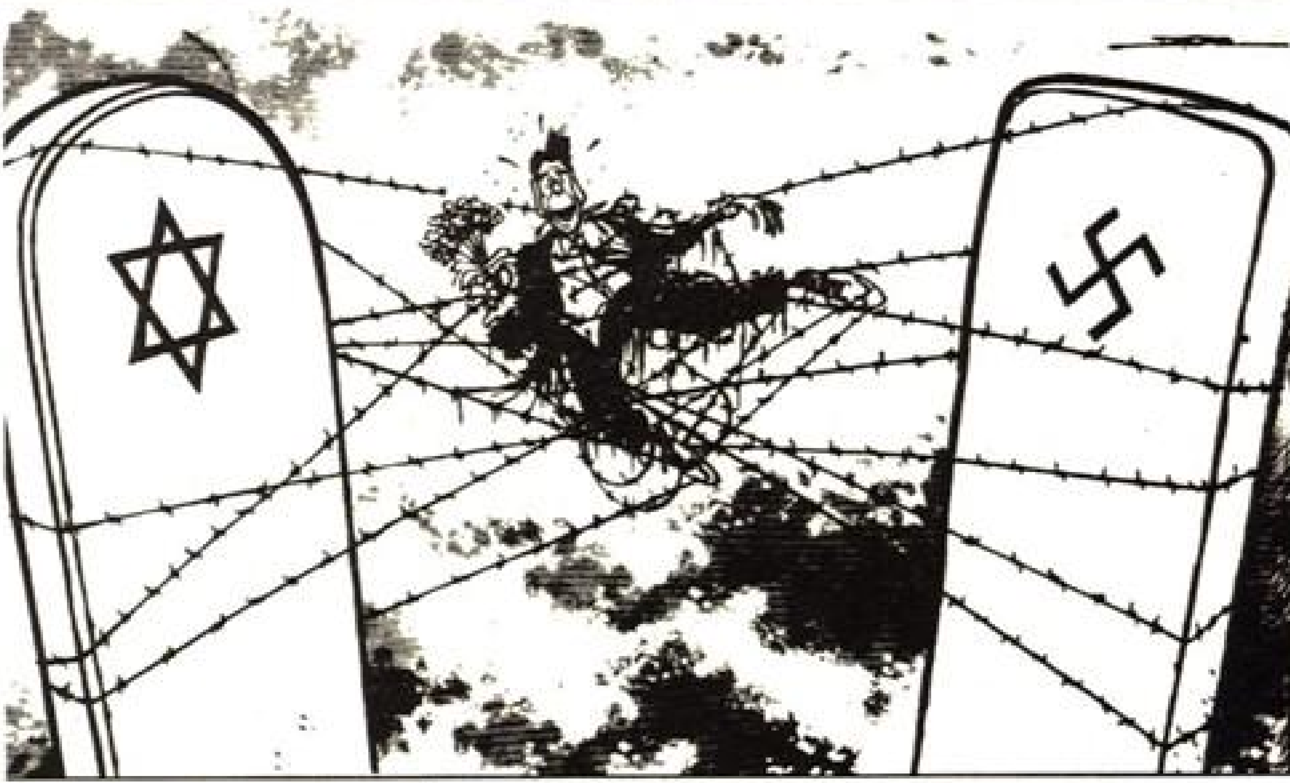
Auffällig an den Debattenbeiträgen war, daß zwar sowohl Vogel als auch — und schärfer — Schily an einzelnen Punkten sowohl der Regierungserklärung wie auch der aktuellen Regierungspolitik Kritik übten, daß aber in beiden Reden der Mangel war, Alternativen aufzuzeigen. Mag dies bei Vogel vor allem daran liegen, daß er sich und seine Partei dem Kapital gegenüber als regierungsfähig erweisen will, so gab es für die Grünen für solche Zurückhaltung keinen Grund, es sei denn Widersprüche in den eigenen Reihen. Zu den von den Oppositionsparteien in dieser Debatte im einzelnen vertretenen Positionen werden wir aber erst in der kommenden Ausgabe noch ausführlich Stellung nehmen.

Weitere Auseinandersetzungen um Reagans Besuch

Bitburg — der Streit geht weiter

Der große Protest in den USA gegen Reagans geplanten Besuch des Bitburger Soldatenfriedhofs hat die Reaktion und die gesamten bürgerlichen Parteien in der BRD überrascht. Erstaunt gab man sich, beleidigt und auch unsicher. Das Besuchsprogramm wurde bereits gekürzt.

Es waren nicht vor allem die Kritiken hierzulande, die die Absichten von Kohl und Co. ins Wanken kommen ließen, sondern der breite Protest in den USA, dem sich ja sogar der Kongreß anschließen mußte. Aber während in der Debatte in den bürgerlichen Medien und auch im Bundestag vor allem über Pannen, Beeinträchtigungen und Ungereimtheiten gesprochen wird, geht es doch in Wirklichkeit um ganz andere Dinge.



Am deutlichsten werden die Absichten der Herrschenden der BRD wieder einmal an der Auseinandersetzung um die Waffen-SS. Da lügt „Bild am Sonntag“ ganz offen, indem sie einfach die Behauptung in die Welt setzt, bei den dort begrabenen SSlern handele es sich ja eigentlich nur um Jugendliche. Dies ist eine Ausweitung der ebenso verlogenen Behauptung, die Waffen-SS sei „eine ganz normale Truppe“. Die Massaker von Malmedy und Oradour sprechen eine andere Sprache — auch hier regiert die Lüge. Wobei dahinter immer noch die Behauptung steht, bei der „normalen Truppe“ habe es sich sozusagen um etwas ganz alltägliches gehandelt. Als ob Krieg überhaupt etwas „Normales“ wäre und dazuhin noch ein solcher faschistischer Raubkrieg, wie er von Hitler und seine kapitalistischen Hintermännern angezettelte. Da gibt es dann die Provinzreaktionäre aus Bitburg, den Bürgermeister und seinen Gemeinderat, die wegen der „Verunglimpfungen“ ihres Soldatenfriedhofes Protest anmelden wollen.

„Bild“ und der Bürgermeister tun ganz offen, was etwa ein Herr Boehnisch, wenn auch etwas verkappter, im Namen der Regierung auch tut, und auch die SPD-Bundestagsfraktion findet keine Worte der Kritik an diesem Besuch.

Natürlich: Man kann der Meinung sein, daß Besucher und Besuchsort ganz gut zusammenpassen. Aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, ob durch solch einen Besuch eine Aufwertung faschistischer Praktiken vorgenommen wird, die Waffen-SS verniedlicht, der Hitler-Krieg als Betriebsunfall dargestellt wird.

Es geht darum, ob Kohl und die Reaktion ihre These untermauern können, es hätten eben alle gelitten, vom Hitler-General bis zum im KZ vergasten jüdischen Opfer usw. Das war die Absicht der Sache, deswegen handelt es sich nicht um einen Streit um Kaisers Bart.

Nun ist diese Absicht durch die gesamte Debatte schon ein Stück weit durchkreuzt worden — und das ist es auch, was da in Wahrheit aus Bonner Regierungskreisen als Panne beschrieben wird.

Zum 8. Mai

Herrn Dreggers Gefühle . . .

Keine Chance läßt in diesen Tagen Alfred Dregger sich entgehen, um Profil als Rechtsaußen der Unionsparteien zu gewinnen. Am vergangenen Wochenende nutzte er eine Veranstaltung des „Bundes der Vertriebenen“ in Bonn, um seine Thesen über den 8. Mai erneut zu untermauern.

Wer gegen den Besuch von Kohl und Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg sei, der verletze auch Gefühle: Die seinen und von seinesgleichen nämlich. Und davon gibt es nicht wenige. Man müsse zwar den Zusammenbruch des Hitler-Regimes begrüßen (für das er, nach eigenen Aussagen, bis zum letzten Tag gekämpft hat) aber keinesfalls den Sieg der Sowjetunion. Im Nachhinein wäre es diesen Leuten eben am liebsten gewesen, die hätten zusammen mit den USA gegen die UdSSR marschieren können, das wird aus Dreggers Ausfällen erneut klar.

Diese Haltung war Grundlage für Dreggers Ausfälle vor der Versammlung: So verstieg er sich zur Behauptung, es gäbe keine friedlicheren „Flüchtlinge“ als die deutschen Vertriebenenverbände und das obwohl ihnen, und das war Hauptteil seiner Ausführungen, doch „genausoviel“ Unrecht geschehen sei, wie etwa Juden im Hitler-Reich.

Daß ein Mann dieser Gesinnung trennen möchte zwischen dem „soldatischen Gegeneinander“ (Dreggers Begriff für Hitlers Weltkrieg) und den Verbrechen (an denen — natürlich — nur Hitler schuld gewesen sei) im Dritten Reich liegt nahe, ohne dies könnte er seine Lügengeschichten kaum weitererzählen.

Für Dregger sind jene Jahre eine einzige Aneinanderreihung von Katastrophen — möglichst als Naturkatastrophen, von Menschen nicht beeinflußbar zu begreifen: Der Krieg, die KZs, die Niederlage, die bösen Russen. Deshalb solle man das alles endlich vergessen (dann vergißt er auch, daß sein Bruder — auf Urlaub? — in Rußland gefallen ist) und Versöhnung üben gegen die „rote Diktatur“.

Manch anderer Unionspolitiker erscheint neben Dregger als ein säuselnder Liberaler — er fährt den harten Kurs. Stramm rechts sieht er die ganzen Ereignisse wenig anders als damals, am 8. Mai 45, als er zum letzten Mal für Hitler kämpfte. Auf seine Gefühle sollte gewiß niemand, der ernsthaft Demokrat sein will, Rücksicht nehmen. Sein Herz schlägt braun und so redet er auch — und leistet so seinen jüngsten Beitrag zur reaktionären Mobilisierung, wie er es schon anhand der „Schlesien-Debatte“ vor kurzer Zeit getan hat.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Klöckner

Überraschung bei der Aufsichtsratssitzung

Außerordentliche Aufsichtsratssitzung der Klöckner Werke AG am Mittwoch, 17. April. Haupttagesordnungspunkt: Beschluß über die Ausgliederung des Stahlbereichs aus dem Konzern. Die Stimmung unter den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat — an ihrer Spitze IGM-Vorsitzender Hans Mayr — ist locker. Tagelange Vorgespräche im kleinen Kreis und unter weitgehender Geheimhaltung sind vorausgegangen. Jetzt liegt das Ergebnis auf dem Tisch; ein Papier, in dem festgelegt wird:

Bei der Ausgliederung des Stahlbereichs soll die Montanmitbestimmung für den Mutterkonzern auch über die gesetzlich vorgesehenen sechs Jahre erhalten bleiben.

Kurz vor Beginn der Sitzung wird Hans Mayr vom Aufsichtsratsvorsitzenden Jörg Henle herausgebeten. (Henle vertritt die Interessen des Großaktionärs bei Klöckner, der Familie Henle) Der eröffnet dem verdutzten Hans Mayr, daß der Punkt „Ausgliederung des Stahlbereichs" von der Tagesordnung abgesetzt wird. Eine Begründung für diesen Beschluß wird nicht bekannt.

Inzwischen aber ist durchgesickert, daß vor der überraschenden Absetzung der so gründlich vorbereiteten Ausgliederung des Stahlbereichs ein langes, vertrauliches Gespräch zwischen Henle und dem Vorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, stattgefunden hat. Beide sitzen im Präsidium des Klöckner-Aufsichtsrats. Hans Mayr, obwohl ebenfalls Mitglied im vierköpfigen Präsidium des Aufsichtsrates, war dabei nicht zugelassen.

Aus war es fürs erste mit der mühsam ausgehandelten Vereinbarung zwischen dem Klöckner-Vorstand, dem DGB und der IG Metall. Die maßgebenden Vertreter der Eigentümer-Familie Henle und der Deutschen Bank hatten anders entschieden.

Im einzelnen sah die Vereinbarung vor: Der Stahlbereich wird als 100prozentige Tochtergesellschaft der Klöckner Werke in Form einer GmbH ausgegliedert. Beim Mutterkonzern verbleibt der profitable Bereich der Weiterverarbeitung. (Klöckner hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von Firmen angeeignet, die von der Herstellung von Maschinen für den Kohlebergbau bis zu Betrieben für Kunststoffolien reichen). Auch für diesen Mutterkonzern sollte die Montanmitbestimmung weiter gelten. Der von der IG Metall vorgeschlagene Arbeitsdirektor sollte bis auf weiteres in Personalunion im Vorstand des Mutterkonzerns wie im Vorstand der Stahl-GmbH tätig sein.

Grund für die geplante Ausgliederung, die in anderenStahlkonzernen bereits vollzogen wurde: Ein Teil der öffentlichen Beihilfen müßte zurückgezahlt werden, wenn der Konzern längerfristig Gewinne macht. Da Klöckner an der Verarbeitung klotzig verdient und auch die Stahlerlöse in diesem Jahr gestiegen sind, drohte möglicherweise eine Rückzahlung von einkassierten öffentlichen Geldern. Mit der Ausgliederung des hoch verschuldeten Stahlbereichs — Klöckner und Krupp sollen zusammen Verbindlichkeiten von 4 Milliarden Mark haben — braucht voraussichtlich kein Pfennig mehr zurückgezahlt werden.

Was bedeutet der überraschende Beschluß, die Ausgliederung jetzt nicht vom Aufsichtsrat absegnen zu lassen, für die geplante Fusion zwischen Krupp, Klöckner und dem australischen Konzern CRA? Einiges deutet darauf hin, daß die Fusion wietergetrieben werden soll. So wurde Betriebschefs bei Klöckner mitgeteilt: man habe nicht durch Ausgliederung des Stahlbereichs zum jetzigen Zeitpunkt den Eindruck erwecken wollen, als sei die Fusion gestorben und Klöckner bereite einen Alleingang vor. Man wolle stattdessen Ausgliederung des Stahlbereichs und Fusion gemeinsam auf einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung und anschließender Hauptversammlung beschließen.

Weiter hat es am Wochenende vor der überraschend verlaufenen Aufsichtsratssitzung Gespräche zwischen Henle und Vertretern von CRA in London gegeben. Möglicherweise ist dabei vereinbart worden, daß CRA seinen Kapitalanteil an dem geplanten Dreierkonzern SKK von bisher 35 auf 40 Prozent erhöht, Klöckner seinen Anteil entsprechend vermindert. So könnte die dünne Kapitaldecke des geplanten Konzerns verbessert und damit der Verzicht auf die vom Lande Niedersachsen und der Bundesregierung gesperrten 100-Millionen-Beihilfen erleichtert werden.

Das Land Niedersachsen hatte weitere Beihilfen abgelehnt, weil bei der Fusion mit Krupp und CRA die Georgsmarien-Werke stillgelegt werden sollten, nachdem die Belegschaft mit Streiks und Demonstrationen einen erheblichen politischen Druck entwickelt hatte.)

Ein solcher Weg — wie hier angedeutet — wäre denkbar, um die Fusion gegen den bisherigen Widerstand doch noch in Gang zu bringen.

Der australische Konzern CRA, eine Tochter des britischen Rohstoff-Mulits RioTinto, hätte damit noch mehr Einfluß bei SKK.

Auf der Betriebsrätevollkonferenz am 26. April, legte Gienow vom Klöckner-Vorstand nochmals dar, daß sie auf jeden Fall an ihrem Plan der Fusion festhalten würden.

Inzwischen ist zu hören, daß es insgesamt um eine Deckungslücke von rund 900 Millionen DM gehen soll, die beim Klöckner-Konzern auszugleichen sei. Das Land NRW, Bayern, die Bundesregierung, die Deutsche Bank und die Bank für Gemeinwirtschaft sollen sich inzwischen bereiterklärt haben, sich an der Deckung dieses Betrages zu beteiligen. Damit würde sich bestätigen, was trotz allen Protestes für den Klöckner-Vorstand festzustehen scheint: Georgsmarienhütte soll dichtgemacht werden, auch wenn die Gelder aus Niedersachsen weiterhin gesperrt bleiben.

Noch eine Anmerkung: Obwohl vor kurzem auf der Stahlkonferenz der Betriebsrats- udn Vertrauenskörpervorsitzenden der Stahlbetriebe das Konzept einer Vergesellschaftung der Stahlindustrie vom IGM-Vorstand vorgelegt wurde, hat er jetzt auch nicht einen Finger gerührt, um die Belegschaften aus Anlaß der geplanten Ausgliederung des Klöckner-Stahlbereichs darüber aufzuklären und zu mobilisieren. Das bestätigt den Verdacht, daß dieses stahlpolitische Programm ein Fetzen Papier bleibt, wenn nicht die klassenkämpferischen und fortschrittlichen Kollegen in den Stahlbetrieben selbst die Diskussion um eine gemeinsame Frontstellung gegen die weitere Arbeitsplatzvernichtung in den Stahlbetrieben in Gang bringen.

General Motors / Opel

Die Texas-Oase in Bochum und Rüsselsheim

Vor einem Jahr kaufte sich General Motors, weltgrößter Automobilproduzent und Besitzer von Opel, kurzerhand die Electronic Data Systems (EDS) aus Dalles. Ein Unternehmen mit rund 2,6 Milliarden Mark Umsatz, weltweit etwa 25000 Beschäftigte.

Der Firmenchef, ein ehemaliger Angehöriger der berüchtigten „Ledernacken"-Killertruppen, war vorher bei IBM und setzte in dem EDS-Konzern neben einer strengen Kleiderordnung, Wohlverhaltensklauseln u.ä. durch, daß die Gewerkschaften keinen Fuß im Unternehmen fassen konnten.

Die Strategie von General Motors besteht nun darin, alle EDV-Aktivitäten des Konzerns und seiner Tochtergesellschaften an diese Firma zu übertragen.

Dies ermöglicht nicht nur eine weltweite Kontrolle aller einzelnen Betriebe und Beschäftigten, sondern gerade vor dem Hintergrund des sogenannten Weltautos — also an verschiedenen Standorten entweder das im Prinzip gleiche Auto bzw. gleiche Zulieferteile, noch rationeller zu produzieren.

gleichzeitig kann damit versucht werden, z.B. bei Arbeitskämpfen in einem Teil der Betriebe, die anderen trotzdem die fehlenden Teile produzieren zu lassen, da alle technischen Daten, von den Zeichnungen bis zu den Produktionsdaten, jederzeit von einem Standort an den anderen zu übertragen sind. Ansätze dazu hat es in der Vergangenheit — 1984 in der BRD — bereits gegeben. Von diesem Vorhaben sind bei Opel etwa 600 Beschäftigte in Bochum und Rüsselsheim betroffen.

Die IGM hat durch den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden von Opel, Kittner, der gleichzeitig Chefjustiziar der IGM ist, erklärt, daß sie gegen diese Ausgliederung der EDV-Aktivitäten aus dem Opel-Bereich und die Überführung der Belegschaft in EDS eine Klage anstrengen werde.

Die Betroffenen sind unter starken Druck gesetzt worden, neue Arbeitsverträge bei EDS zu unterschreiben.

So ist sowohl den Personalsachbearbeitern, den Systemplanern und auch den CAD-Konstrukteuren angedroht worden, daß ohne Unterschrift ihre berufliche Zukunft bei Opel gleich null sei.

Inzwischen haben, nach Angaben des Managers von EDS-Deutschland, der vorher schon in Spanien die Überführung der dortigen Datenverarbeitung von General Motors Espana in EDS durchführte, 420 Beschäftigte unterschrieben, bei EDS zu arbeiten. Weitere 80 sollen bis Ende April soweit „gebracht" sein.

Zu den restlichen 100 meinte EDS-Deutschland-Boß Berg, bei der Hälfte von ihnen, die mindestens 55 seien, habe man sowieso nie an eine Übernahme gedacht, und die 50, die nicht wollten, nun für die müsse man am Arbeitsmarkt Ersatz suchen.

Ab Herbst dieses Jahres will EDS auch anderen Firmen die Betreuung ihrer EDV-Aktivitäten antragen, man muß also auch woanders auf Auseinandersetzungen darüber gefaßt sein.

Nicht nur bei Opel droht offensichtlich eine „Texas-Oase". Gewerkschaftsfreie Zonen sind ja ein Schlagwort, mit auch einige deutsche Politiker gerne hantieren, um das „Wirtschaftswunder" à la USA anzupreisen.



Diskussionsveranstaltung in Duisburg

Stahlindustrie in Arbeiterhand

„Stahlindustrie in Arbeiterhand" stand auf einem großen Transparent hinter dem Podium einer Diskussionsveranstaltung in Duisburg am 28.4. Rund 70 interessierte Gäste hatten sich eingefunden, um zwei Diskussionsrunden am Podium zu hören und dann intensiv mitzudiskutieren.

In der ersten Runde der vierstündigen Veranstaltung mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus der Stahlindustrie und dem Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Westliches Westfalen, Werner Glock, ging es um die Lage und die Perspektiven der Stahlindustrie. Alle Redner aus den Betrieben unterstützten die Forderungen nach Vergesellschaftlichung der Stahindustrie — oder wie Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon klarmachte: der Verstaatlichung der Stahlindustrie — da von Vergesellschaftlichung bei Änderung der Eigentumsverhältnisse allein ja noch nicht gesprochen werden könne. Der Redner der SPD konzentrierte sich — verständlicherweise — darauf, die Verdienste der SPD auch um die soziale Abfederung der Kahlschlagpolitik bei Stahl herauszustellen. Eine Haltung, die in der anschließenden Diskussion ziemlich unter Beschuß genommen wurde.

Die lebhafte Diskussion aus dem Publikum riß die verschiedensten Fragen an: die Probleme des internationalen Stahlmarktes, die Frage der Subventionen, die Probleme der Verstaatlichung lediglich eines einzelnen, isolierten Krisenbereichs, die Notwendigkeit, über diesen Rahmen hinaus für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft einzutreten.

In einer weiteren Runde mit Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer wurde in erster Linie dafür gesprochen, die vorhandenen Erklärungen für die Vergesellschaftung das stahlpolitische Programm der IG Metall und die Zustimmung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) allein nicht allzu wichtig zu nehmen. Notwendig ist hier auch eine breite Mobilisierung für den Kampf um die 35-Stunden-Woche innerhalb der IG Metall vorausgegangen sind. Denn konkrete Schritte für die Umsetzung des Ziels der Vergesellschaftung der Stahlindustrie geben bislang weder die IGM noch die SPD-Kreise an, die diese Forderung unterstützen.

Nach einer kurzen Pause und einigen Liedbeiträgen kam es zur zweiten Runde der Diskussionsveranstaltung. Thema: Landtagswahlen in NRW und der Kmapf gegen Kohl und Kapital. Eine Vertreterin der GIM, Hartmut Siemon für die KPD, Wolfgang Schmidt als Landtagskandidat der Grünen und Hartmut Kuhne vom SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen der SPD diskutierten unter Leitung eines Sprechers der Initiative für ein „Rot-Grünes Bündnis" in NRW. Während der SPD-Vertreter die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit mit den Grünen und anderen alternativen Kräften gegen die Wende hervorhob, wandte sich der Kandidat der Grünen vor allem gegen die These vonder Notwendigkeit eines politischen Konzepts gegen die Wende insgesamt. Der Wende liege nämlich gar kein geschlossenes Konzept zugrunde, behauptete er, wobei er vor allem beim Landtagskandidaten der KPD aus Dortmund, Hartmut Siemon, auf Widerspruch stieß.

Siemon charakterisierte die Wende nochmal kurz als Kampfprogramm der Unternehmer gegen alle abhängig Beschäftigten, als Kampfansage an soziale Errungenschaften und die gewerkschaftlichen Organisationen. In der langen nachfolgenden Diskussion wurden vor allem die Ausführungen des SPD-Sprechers kritisiert. Z.B. wurde auf die Möglichkeiten verwiesen, die letzten fünf Jahre SPD-Alleinregierung geboten hätten und ihre Demagogie, wenn sie nun auf einmal alles verspricht, was sie in der vergangenen Legislaturperiode schon hätte machen können.

Die Vielzahl der Diskussionsbeiträge aus dem engagierten Publikum führte leider dazu, daß die Veranstaltung gegen 19.00 Uhr ohne weitere Statements abgebrochen werden mußte, die Delegation der Juventud Sandinista war eingetroffen und vereinbarungsgemäß war der Abend für den Internationalismus reserviert.

DGB zum Thema Umweltschutz

Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des DGB-Papiers „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“

„Dies ist die umweltpolitische Situation der Gegenwart: Die Schädigung der Umwelt hat nicht nur eine wachsende volkswirtschaftliche Bedeutung, sie läßt gleichzeitig erkennen, daß unsere Lebensgrundlagen bedroht sind.

Dies ist die umweltpolitische Aufgabe der nächsten Jahre: Um die massiven Umweltschäden und Gesundheitsrisiken zu beseitigen, sind erhebliche private und öffentliche Investitionen nötig. Es reicht nicht aus, weitere Umweltbelastungen zu vermeiden; notwendig ist vielmehr eine drastische Verringerung der vorhandenen.“ So steht es im ersten Kapitel des DGB-Papiers „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“.

Das Papier ist in vier Hauptabschnitte gegliedert: I. Umweltschutz und Arbeitnehmerinteressen, II. Qualitatives Wachstum und Arbeitnehmerinteressen, III. Sofortprogramm zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch mehr Umweltschutz, IV. Schlußfolgerungen für die Gewerkschaften.

Im ersten Kapitel wird zunächst dargelegt, daß die Folgen der Umweltverschmutzung vor allem die Arbeiter und Angestellten treffen. Im Betrieb gehen umweltschädliche Produktion, Verstöße gegen den Arbeitsschutz auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten. Gerade die Arbeiter und Angestellten und ihre Familien sind besonders darauf angewiesen, Erholung in der näheren Umgebung der Industriestädte zu finden, was durch die Umweltzerstörung immer weniger möglich wird. Schließlich ist es auch vor allem die Arbeiter- und Angestelltenschaft, die die Kosten der Umweltverschmutzung zu tragen hat, sei es durch Erkrankungen und Frühinvalidität, die durch die Umweltverschmutzung bedingt sind, sei es durch das Abwälzen der finanziellen Lasten über den Staat und Sonderabgaben/-steuern.

Das DGB-Papier rechnet vor, daß unterlassener Umweltschutz teuer ist. Angeführt wird eine Studie der OECD, derzufolge allein der in den Mitgliedsländern durch die Luftverschmutzung hervorgerufene Schaden auf 3—5 Prozent des Bruttosozialprodukts veranschlagt werden muß. Für die Bundesrepublik würde das einen jährlichen Schaden von 40—70 Mrd. Mark bedeuten. Oder: die durch das Waldsterben hervorgerufenen Schäden werden in der BRD auf bis zu 100 Milliarden beziffert.

Das DGB-Papier vermerkt kritisch, daß trotz des gewaltigen durch die Umweltverschmutzung hervorgerufenen volkswirtschaftlichen Schadens die BRD nur 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts für den Umweltschutz ausgibt und damit weit hinter Japan und den USA (3 Prozent) zurückbleibt. In dem Papier heißt es:

„Bei all diesen Berechnungen ist zu berücksichtigen, daß viele ökologische Schäden, vor allem Langzeitschäden, wie z. B. die Bodenversalzung, die Trinkwassergefährdung oder das Aussterben von Arten, finanziell überhaupt noch nicht zu erfassen sind.

Umgekehrt liegt die Hauptschwierigkeit bei der Ermittlung des Nutzens umweltschützender Maßnahmen in der Erfassung und Bewertung der dadurch erzielten Verbesserungen.

Deshalb müssen alle Ansätze vorangetrieben werden, die monetäre Bewertung von Umweltschäden und von umweltverbessernden Maßnahmen zu ermöglichen.“

Dieser „marktwirtschaftliche Ansatz“ begegnet einem in dem Papier auf Schritt und Tritt. In dem Kommentar auf dieser Seite

Fortsetzung auf Seite 5

Schlußfolgerungen für die Gewerkschaften

Umweltschutzanforderungen gewinnen für die Gewerkschaften zunehmend an Gewicht. Der Vorschlag eines Umweltinvestitionsprogramms zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung zeigt, daß die Gewerkschaften zur Mitwirkung an einer aktiven Umweltpolitik bereit sind.

Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutz sind von den Gewerkschaften in gleicher Zielsetzung und sinnvoller Integration mit den Beschäftigungsmaßnahmen zu koordinieren, um die Qualität der Arbeits- und Lebenswelt gleichrangig zu erhöhen. Nur so ist der Erfolg aller Schutzmaßnahmen in der Erhaltung und Sicherung von Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Menschen gewährleistet.

Die Betriebs- und Personalräte werden in Zukunft verstärkt gewerkschaftliche Forderungen zum Umweltschutz aufgreifen müssen, um nicht durch zu spätes Handeln vor schwer zu lösende Situationen gestellt zu werden.

- Hierzu ist eine stärkere Unterstützung durch den DGB und seine Gewerkschaften, vor allem bei der Bereitstellung von Informationen, notwendig.
- Notwendig sind Informationen bezüglich
  - der Umweltbelastungen,
  - der gesundheitlichen Risiken,
  - der Planung von notwendigen Umweltschutzmaßnahmen,
  - der Gefährdung durch Arbeitsstoffe,
  - der Umweltgesetzgebung.

Der DGB fordert, daß die betrieblichen Umweltschutzbeauftragten zur Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten verpflichtet werden, und daß die Betriebs- und Personalräte ein Mitbestimmungsrecht bei der Berufung und Abberufung der Umweltschutzbeauftragten erhalten.

Unterstützend müssen durch Bildungsveranstaltungen (Schulungen/Informationen) hauptamtliche Funktionäre und ehrenamtliche Funktionsträger im Gebiet des Umweltschutzes fort- und weitergebildet werden.

In der Frage notwendiger Umweltschutzmaßnahmen und Arbeitsplatzsicherheit ist eine verstärkte Frühkoordination und Information zwischen DGB, Gewerkschaften und DGB-Landesbezirken sowie Betriebs- und Personalräten erforderlich, um für die Gewerkschaften vertretbare Lösungen frühzeitig zu finden. Eine positive Lösung wurde beispielsweise in der Asbestproblematik gerade durch die Gewerkschaften frühzeitig eingeleitet.

Die Gewerkschaften gehen davon aus, daß jeder in seinem Bereich dabei eine besondere Verantwortung trägt. Die Gewerkschaften sehen dabei ihre besondere Verantwortung in der gemeinsamen Lösung von notwendigen Umweltschutzmaßnahmen **und** den sich daraus ergebenden sozialen Folgen, wie z. B. die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze.

Die Gewerkschaften stehen mit ihren Forderungen in einer Tradition gewerkschaftlichen Kampfes für die Herstellung gesunder Arbeitsbedingungen und eines gesunden Wohnumfeldes für die arbeitende Bevölkerung, sowie für den Schutz der natürlichen Umwelt.

Dabei ist der „integrierte Umweltschutz“, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz ebenso wie die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung die entscheidende gesellschaftspolitische Gestaltungsaufgabe der Gewerkschaften in den nächsten Jahren.

Beide Gestaltungsaufgaben erfordern auch Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften gegenüber Gesetzgeber und Regierung in Bund, Ländern und Gemeinden. Daher bekräftigt der DGB seine Forderung, Wirtschafts- und Sozialräte und — in einem ersten Schritt — Strukturräte zu errichten, sowie die Organe der Handwerks- und Landwirtschaftskammern paritätisch zu besetzen. Hiermit kann dazu beigetragen werden, falsche Konfrontationen zwischen Arbeitsmarkt- und Umweltproblemen gar nicht erst entstehen zu lassen, sondern vielmehr unter Abstimmung mit den unmittelbar Betroffenen zusammen zu lösen.

Zusammenfassend ergibt sich:

1. Umweltschutz und Vollbeschäftigung sind notwendig zur Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen wie der sozialqualitativen Gestaltung unseres Lebens.

2. Umweltschutz ist notwendige und unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß auf lange Zeit Wirtschaften überhaupt möglich bleibt. Durch Umweltschutz wird die Umstrukturierung von Produktion und Konsum im Sinne eines qualitativen Wachstums bewirkt.

3. Mehrbeschäftigung in den öffentlichen und privaten Aufgabenbereichen, die langfristig der Verbesserung der Lebensqualität dient, ist neben der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Kontrolle des Produktivitätsfortschritts ein entscheidender Beitrag zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.

4. Umweltgerechte Arbeitsplätze sind zukunftssichere Arbeitsplätze, und nur eine Wirtschaftsordnung, die so gestaltet ist, daß sie ihre eigenen natürlichen Grundlagen erhält, ist sozial, ökologisch und ökonomisch vernünftig.

5. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei wirtschaftlichen Entscheidungen auf den Ebenen des Unternehmens wie der Gesamtwirtschaft ist ein Beitrag zur Realisierung eines wirksamen Umweltschutzes.

Ökologische Modernisierung des DGB?

Jahrelang wurde der Holzhammer geschwungen: die Umweltschutzbewegung wurde von den DGB-Führern überwiegend als industrie- und damit arbeiterfeindlich verteufelt, ihre Warnungen und Forderungen als hysterisch abgetan. Umweltschutz vernichtet Arbeitsplätze — so hieß es einmal.

Der linke Gewerkschafter erinnert sich noch mit Schaudern an jene Kundgebung von 40000 Gewerkschaftern im Dortmunder Westfalenstadion am 10. November 1977, als die Vorsitzenden der IG Metall, der IG Chemie, der IG Bergbau und Energie und der ÖTV gemeinsam mit Industriellen gegen die Anti-AKW-Bewegung tobten.

Die Zeiten sind vorbei: „Umweltschutz und Vollbeschäftigung sind notwendig zur Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen wie der sozialqualitativen Gestaltung unseres Lebens“. Arbeitsplätze durch Umweltschutz — so heißt es heute.

In einer Reihe von Einzelgewerkschaften hat tatsächlich ein Umdenkungsprozeß eingesetzt. In der Auseinandersetzung um Formaldehyd etwa hat es sich deutlich gezeigt.

Auch das Papier „Umweltschutz und qualitatives Wachstum“ mit dem Schwerpunktprogramm Umweltschutz als Kern stellt einen deutlichen Fortschritt gegenüber früheren DGB-Positionen dar. Die in dem Papier erhobenen konkreten Forderungen sind überwiegend zu unterstützen und darüber, ob die eine oder andere fehlt oder konsequenter formuliert werden könnte, soll der Streit in der Hauptsache nicht gehen.

Alter Wein in neuen Schläuchen ist es also nicht, was der DGB in seinem Umweltschutzpapier kredenzt. Das Problem liegt eher darin, daß einfach zu viel Wasser im Wein ist.

Bleiben wir beim Beispiel der Atomenergie. In dem Papier heißt es unter dem Stichwort „Abfallbeseitigung“: „Zur Verminderung der Umweltgefährdung durch nukleare Reststoffe ist die Endlagersuche durch Aufnahme paralleler Untersuchungen an geeigneten Standorten zu intensivieren, und die Energiewirtschaft ist verbindlich zu verpflichten, das Funktionieren der Endlagertechniken für nicht aufgearbeitete Kernbrennelemente und nukleare Abfälle aller Radioaktivitätskategorien durch Demonstration nachzuweisen.“

So furchtbar weit ist man mit dem Umdenken seit jenem 10. November 1977 also wohl nicht gekommen: nach wie vor ist der DGB nicht gegen die Kernenergie. Was die Endlagerung betrifft, hat er offensichtlich Mühe, mit den von bürgerlichen Gerichten aufgestellten Forderungen Schritt zu halten.

Ein anderes Beispiel: teilweise gehen die Autoren des DGB-Papiers sehr ins Detail, aber sie bringen es andererseits fertig, eine Stellungnahme zum Thema Umweltschutz abzuliefern, in der die gesamte Problematik der Chemieproduktion nicht gesondert behandelt wird. Stattdessen wird die stufenweise Umstellung der Asbestproduktion und Asbestverwendung auf Ersatzstoffe gleich zweimal als beispielhaft hingestellt. Es fällt schwer zu glauben, daß derartiges sich einfach mit Ignoranz erklären läßt.

Eine andere Erklärung lautet so: die Schmidts und Rappes sind auch in diesem Papier noch allgegenwärtig. Gewiß, die veränderte Diskussion der Umweltschutzproblematik in der Gesellschaft zwingt auch sie zu Zugeständnissen. Aber nach wie vor bestimmen sie und Leute ihres Schlages die Grenzen des Umdenkens im DGB.

Und unverhofft hat sich zudem ausgerechnet in der Umweltschutzfrage ein neuer Anknüpfungspunkt für die Politik der Klassenzusammenarbeit ergeben: der Umweltschutz ist „ein expandierender und zukunftsträchtiger Markt geworden“. Wenn „Japan mittlerweile den Spitzenplatz in der Technologie der Abgasreinigung, Entschwefelung und Stickoxydminderung belegt“, hält es auch einen rechten deutschen Sozialdemokraten nicht länger. Da treibt es ihn geradezu, sich als Katalysator in den Auspuff der großen Industrie und des großen Kapitals zu zwängen.

Wo der Umweltschutz auf einmal als zukunftsträchtiges Geschäft erscheint, da wird die kapitalistische Marktwirtschaft plötzlich zum ökologischen Saubermann, der die „grundlegende Anpassung der Industriegesellschaft an ökologische Notwendigkeiten“ bewerkstelligt und im Zuge der Umweltgeschäfte auch noch die Arbeitslosigkeit beseitigt.

Die gleiche Vorstellung hat die SPD unlängst unter dem Slogan „ökologische Modernisierung der Wirtschaft“ als neue programmatische Leitidee präsentiert. Es handelt sich um ein Recycling-Produkt sozialdemokratischer Ideologiebildung, um eine neue Variante der uralten These, der Kapitalismus könne so gestaltet werden, daß das kapitalistische Profitinteresse und das gesellschaftliche Gesamtinteresse in Einklang kommen.

Natürlich verursacht die Arbeitslosigkeit der Gesellschaft immense Unkosten. Aber deshalb tritt sie in den Bilanzen von Siemens und der Deutschen Bank noch lange nicht störend in Erscheinung. Der DGB mag sich noch so sehr mühen, die gesellschaftlichen Unkosten der Umweltverschmutzung zu beziffern, es ändert nichts daran, daß Bayer Leverkusen und BASF klotzig verdienen, indem sie die Umwelt vergiften.

Daß das kapitalistische Wirtschaften der Gesellschaft teuer zu stehen kommt, ist ein Umstand, der sich durch kapitalistisches Wirtschaften nicht beseitigen läßt. Die Unterwerfung der Ökonomie unter die gesellschaftlichen Interessen und Erfordernisse hat die Beseitigung des Kapitalismus zur Voraussetzung. Aber gegen diese Konsequenz stehen im DGB wohl nicht nur Rappe und Schmidt.

Fortsetzung von Seite 4

setzen wir uns damit auseinander.

„Unterlassener Umweltschutz bedroht Arbeitsplätze“ — unter dieser Zwischenüberschrift wendet sich das DGB-Papier gegen die umgekehrte Behauptung, daß Umweltschutz und Beschäftigungssicherung sich einander ausschließen. Verwiesen wird dabei auf folgendes Beispiel: „Durch unzureichende Luftreinhaltemaßnahmen stehen im Falle eines ungebremsten Waldsterbens Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Forst- und Holzwirtschaft und in den Fremdenverkehrsregionen auf dem Spiel.“

Umgekehrt verspricht das DGB-Papier: „Mehr Arbeitsplätze durch besseren Umweltschutz“. Verwiesen wird darauf, daß in Japan im Bereich moderne Umweltschutztechnologie angeblich schon Hunderttausende sichere Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Und: „Der Jahresbericht 1983 des Umweltbundesamtes belegt, daß Umweltschutz kein „job-killer“, sondern ein expandierender und zukunftsträchtiger Markt geworden ist.“

Der DGB fordert die Anregung von Umweltschutzinvestitionen durch strenge Auflagen, Gebote, Verbote und Abgaben. Dabei soll folgendes gelten: 1. Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips, 2. Verstärkte Anwendung des Vorsorgeprinzips, 3. Abgabenlösungen als umweltpolitisches Steuerungsinstrument und 4. Finanzierung aus öffentlichen Mitteln (Gemeinlastprinzip) in besonderen Fällen.

In dem zweiten Hauptkapitel des DGB-Papiers geht es um die Frage des „qualitativen Wachstums“. Die Beschleunigung des qualitativen Wachstums, die Verkürzung der Arbeitszeit und die soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung nennt der DGB als „prinzipielle Ansatzpunkte einer wirksamen und aktiven Beschäftigungspolitik“.

Unter „qualitativem Wachstum“ wird verstanden: „Qualitatives Wachstum ist ein gezieltes Wachstum, das Arbeitsplätze sichert und schafft und zugleich die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert. Qualitatives Wachstum heißt: Gesellschaftlich vorrangige Bereiche werden in den Mittelpunkt gestellt und daher bevorzugt gefördert.“

Der DGB fordert eine „Investitionsoffensive zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums“. Diese „Investitionsoffensive“ soll eine Wiederbelebung der kommunalen Investitionstätigkeit“ (u.a. durch eine Gemeindefinanzreform) und ein 50-Milliarden-Investitionsprogramm umfassen. Zu diesem Investitionsprogramm heißt es: „Im Mittelpunkt des Programms stehen Schwerpunktinvestitionen in den Bereichen Energie, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau, Bildungs- und Gesundheitswesen, humane Dienstleistungen, Forschung und Technologie sowie der Umweltschutz“.

Das „Schwerpunktprogramm Umweltschutz“, das im Teil III des DGB-Papiers vorgestellt wird, soll ein Teil dieses 50-Milliarden-Investitionsprogramms zur „Beschleunigung des qualitativen Wachstums“ sein.

Das Schwerpunktprogramm Umweltschutz fordert Investitionen und gesetzliche Auflagen in den Bereichen: Luftreinhaltung (im Industrie- und Kraftwerksbereich und im Verkehrsbereich), Wasserreinhaltung, rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung, Abfallbeseitigung, Natur- und Landschaftsschutz, Umwelttechnologien, Umweltüberwachung und Umweltplanung, Wohnumfeldverbesserung, Arbeitsschutz.

Zur Finanzierung des Schwerpunktprogramms Umweltschutz verweist der DGB in der Hauptsache auf seine Finanzierungsvorschläge zum Beschäftigungsprogramm. Darüber hinaus fordert er die Einrichtung eines von der Industrie finanzierten Altlastensanierungsfonds und die Erhebung von Schadstoffabgaben. In letzterem wird allerdings weniger ein Finanzierungsmittel gesehen als ein Druckmittel, um dafür zu sorgen, daß mögliche schadstoffmindernde Investitionen auch getätigt werden.

In dem Kapitel IV „Schlußfolgerungen für die Gewerkschaften“ kündigt der DGB eine verstärkte Bildungsarbeit für hauptamtliche und ehrenamtliche Funktionäre auf dem Gebiet des Umweltschutzes an. Vor allem Betriebs- und Personalräte sollen besser in die Lage versetzt werden, gewerkschaftliche Forderungen zum Umweltschutz aufzugreifen. Der DGB sieht in der Ausweitung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung, in der Verwirklichung einer gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung ein wesentliches Element, um „falsche Konfrontationen zwischen Arbeitsmarkt- und Umweltproblemen gar nicht erst entstehen zu lassen, sondern vielmehr unter Abstimmung mit den unmittelbar Betroffenen zusammen zu lösen.“

Streik gegen Tarifflucht!



polizeiknüppel gegen protestierende drucker

Bei der Firma Derndruck in Neu-Isenburg stehen über 80 Kolleginnen und Kollegen seit zwei Wochen im Streik gegen den Versuch des Unternehmens, aus dem Tarifbereich Druck und Papier in den für das Unternehmen wesentlich günstigeren Pappe-, Papier- und Kunststofftarifbereich überzuwechseln.

Hintergrund ist die Ankündigung der Geschäftsleitung, ab dem 1.4.1985 auch die Beschäftigten, die unter den Drucktarif fallen, in den für die überwiegende Mehrheit des Betriebes geltenden schlechteren Tarifvertrag zu überführen.

Die Belegschaft des Druckbereichs, als eine der kampfstärksten im Bezirk Hessen bekannt — in der letzten Tarifrunde wurden über 14 Tage gestreikt — ließ sich diesen Angriff nicht gefallen. Gegen den Tarifklau, der dem Unternehmen über 1,5 Millionen Mark im Jahr bringen soll, wurde von Vertrauensleutekörper, Betriebsrat und IG Druck und Papier schnell und breit mobilisiert.

Angefangen von mehreren Betriebsversammlungen, eine davon mit Hilfe eines Gerichtsurteils durchgesetzt, die z.T. eine ganze Schicht gingen, über regelmäßige Informationsbesuche beim Betriebsrat, die natürlich auch zu Produktionsausfällen führten, bis hin zu Torblokkaden, deren Dauer zunächst befristet war.

Einen Höhepunkt hatte der Widerstand der Belegschaft bereits am 14. März gefunden, als von 6.00 Uhr an etwa 150 Kolleginnen und Kollegen — also die komplette Frühschicht, sowie Gewerkschafter anderer Betriebe — sich vor dem Tor versammelten, um ihren Widerstand deutlich zu machen. Diese Aktion war von vornherein bis um 8.00 Uhr befristet worden.

Die zuerst ankommenden 5 Streifenwagenbesatzungen griffen zunächst nicht ein. Allerdings bestand die Geschäftsführung auf ihrem „Recht am eingerichteten Gewerbebetrieb“, so daß zusätzlich Bereitschaftspolizei anrollte. Diese stürmte nach einer Aufforderung des Einsatzleiters, das Tor zu räumen, als dies nicht sofort geschah, mit gezogenen Knüppeln auf die Demonstranten los, schlugen alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Dazu gehörten u.a. Teilnehmer eines Seminars „Für kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt“ von der Gossner-Mission.

Mehrere Verletzte mußten längere Zeit krank geschrieben werden.

In einer Protestkundgebung einige Tage später, am 20.3.1985, wurde von über 300 Teilnehmern gegen dieses Vorgehen der Polizei demonstriert. Dort wurde auch berichtet, daß mittlerweile von den Verletzten und vom Betriebsrat Anzeige gegen die Polizei erstattet wurde.

In der Versammlung wurde deutlich gemacht, u.a. von Horst Stuckmann, Gemeindepfarrer in dieser Gegend, daß sich bei Derndruck zeige, was Unternehmer und Parteien meinen, wenn sie davon reden, „Arbeitskräfte flüssig zu machen“. Die Derndrucker ständen stellvertretend für diejenigen, die noch aufrecht gehen und die Wende rückwärts nicht mitmachen, sondern für eine soziale Wende vorwärts kämpfen würden.

Die Belegschaft hat dann kurz danach in einer Urabstimmung mit 84 Prozent für Streik für einen Firmentarifvertrag gestimmt, den die Geschäftsleitung nicht haben will, wie sich in verschiedenen Verhandlungen zeigte. Gegen den dann auch praktisch ausgerufenen Streik hat die Firma Derndruck geklagt und inzwischen auch vor dem Landesarbeitsgericht verloren. Nach Ansicht des Gerichts, das damit die Auffassung der IG Druck und Papier bestätigte, herrscht seit dem 31.3.85 keine Friedenspflicht mehr für die Beschäftigten. Auch ist der Tarifvertrag mindestens noch bis zum 31.12.85 gültig. Danach allerdings, so das LAG Frankfurt, stehe es dem Unternehmer frei, den Arbeitgeberverband Druck zu verlassen.

Daß diese Auseinandersetzung kein Einzelfall ist, betonte Manfred Balder, 2. Vorsitzender der IG Druck und Papier in Hessen, als er erklärte, daß „dies der zur Zeit wichtigste Konflikt ist“, den die Gewerkschaft zu bestehen habe. Auch in mindestens drei weiteren Betrieben in Hessen geht es um den Unternehmerverbänden geschürte „Tarifklau“ um.

Allerdings gibt es auch Widerstandsaktionen. So stimmte z.B. die 850 Beschäftigte zählende Belegschaft der Europa-Karton in Frankfurt mit 94 Prozent in einer Urabstimmung für einen Streik. Danach lenkte das Unternehmen ein, es gilt weiter der Drucktarif. Ein ebensolcher Erfolg ist den Kolleginnen und Kollegen von Derndruck in Neu Isenburg zu wünschen.

Warnstreikaktionen der HBV



Wie hier bei Horten in Reutlingen kam es auch in anderen Bundesländern zu Warnstreiks und Demonstration, zu denen die HBV die Beschäftigten des Einzelhandels aufgerufen hatte, um die 38,5-Stunden-Woche und Einkommensverbesserungen durchzusetzen. Nach Westberlin, Bremen kam es nun auch in Hamburg zu einem Abschluß. Er sieht die Einführung der 38,5-Stunden-Woche vor, läßt aber Ausnahmen für bestimmte Betriebe, deren Charakterisierung noch nicht bekannt ist, zu. In diesen Betrieben kann mit entsprechenden Lohnzuschlägen weiterhin die 40-Stunden-Woche praktiziert werden.

Mitbestimmung bei EDV-Kontrolle

In zwei Verfahren hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) bestätigt, daß der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht hat bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch EDV.

Im ersten Verfahren ging es um die Anweisung des TÜV Norddeutschland, daß die einzelnen Prüfer ihre Belege mit einer Personenkennziffer zu versehen hätten, wobei die vollständigen Belege, also mit Kennziffer, in einer EDV-Anlage ausgewertet werden sollten.

Im zweiten Verfahren hatte in einer Druck- und Verlagsanstalt der Betriebsrat gegen die Kennzeichnung der Texte mit einem Namenskürzel geklagt, die ebenfalls in einem Rechner ausgewertet werden sollten.

Beide Fälle seien mitbestimmungspflichtig, so das BAG, da mit beiden Systemen eine Überwachung der Leistung der Beschäftigten möglich sei.

Betr.: Einladung zum Arbeitstreffen am 18./19.5. in Frankfurt

An die Unterstützerinnen und Unterstützer des „Info 35“ — 25.4.1985

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem beiliegenden Schreiben möchten wir euch herzlich zu einem Arbeitstreffen des „Info 35“ zur Vorbereitung der Tarifrunde 1986 einladen.

Weiteres Material zur Bilanz der Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche und zur Frage „wie weiter“ enthält Nr. 18 des Infos, das Anfang Mai verschickt wird.

Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, möchten wir euch die Einladung schon vorab zukommen lassen. Bitte überlegt euch auch, welche anderen Kolleginnen oder Kollegen am Ort Interesse an dem Treffen haben könnten.

Bitte, meldet euch mittels des anhängenden Anmeldeabschnitts an. Rückfragen an Peter Bartelheimer (069) 731092 oder Michael Köster (069) 526766.

Anmeldung zum 18./19.5.
zurücksenden an Peter Bartelheimer, c/o Wolf Verlag, Postfach 112051, 6000 Frankfurt/M. 1.

BAG-Urteil zur „sozialen Auswahl“

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat in einem Urteil festgestellt, daß bei Stillegung einer Abteilung eines Betriebes der Unternehmer in der Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Auswahl der zu Entlassenen alle Beschäftigten und nicht nur die der betroffenen Abteilung einbeziehen muß.

Das BAG-Urteil verpflichtet ausdrücklich den Unternehmer darzulegen, warum die Weiterbeschäftigung eines sozial besonders schutzbedürftigen Kollegen die betrieblichen Interessen beeinträchtigt.

Das BAG-Urteil stellt auch fest, daß die Notwendigkeit einer kurzen Einarbeitungszeit als Begründung nicht ausreicht.

BVG-Urteil zum längeren Zivildienst

Karlsruhe gibt Verfassungsbruch seinen Segen

Am 24. April 1985 urteilte der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVG) in Karlsruhe über das Gesetz zur Neuordnung des Zivildienstes, das am 28.2.1983 in Kraft trat. Wichtigste Änderung: Verlängerung der Dauer des Zivildienstes gegenüber dem Wehrdienst um ein Drittel, bei jetzt 15 Monaten Wehrdienst also auf 20 Monate, bei geplanten 18 Monaten Wehrdienst auf 24 Monate. Die Mehrheitsentscheidung des BVG: Das Gesetz ist verfassungskonform. Und das, obwohl es in Artikel 12a des Grundgesetzes ausdrücklich heißt: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen."

Die Neuordnung des Zivildienstes

Das geänderte Zivildienstgesetz, das sofort nach Antritt der Wenderegierung eingebracht und innerhalb von drei Wochen im Bundestag durchgepeitscht wurde, enthält u.a. folgende Neuerungen:

1. die Verlängerung des Zivildienstes um ein Drittel gegenüber dem Wehrdienst;
2. die Einführung eines schriftlichen Prüfungsverfahrens für Ungediente und noch nicht Einberufene vor dem Bundesamt für Zivilschutz (für alle anderen gilt weiterhin das mündliche Prüfungsverfahren);
3. Verweigerer, die den Wehrdienst bereits abgeleistet haben, müssen jetzt fünf Monate „nachdienen";
4. noch nicht anerkannte Verweigerer unterliegen im Spannungs- und Kriegsfall der Einziehungspflicht.

Die Bonner Regierung versuchte in der öffentlichen Auseinandersetzung die Verlängerung der Zivildienstzeit als Ausgleich für den Wegfall der mündlichen Gewissensprüfung bei einem Teil der Verweigerer zu rechtfertigen. Sozusagen als Vereinfachung und „Entbürokratisierung" des bisherigen „Gewissens-TÜV".

In Wirklichkeit ging es aber nicht um „Entbürokratisierung", sondern um Abschreckung. Ziel des Gesetzes sollte die merkliche Verringerung der Zahl der Kriegsdienstverweigerer sein — um dieser pazifistischen Protestbewegung gegen die Bundeswehr das Wasser abzugraben und natürlich auch, um dem sich abzeichnenden Personalmangel der Bundeswehr Abhilfe zu leisten. Nicht umsonst hatte das Verteidigungsministerium vor Verabschiedung des Gesetzes eine Erhebung unter jungen Wehrpflichtigen durchgeführt und dabei ermittelt, daß bei einer Verlängerung des Zivildienstes auf 20 Monate ca. 30 Prozent der potentiellen Verweigerer, bei Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate sogar mehr als 50 Prozent der potentiellen Verweigerer den Wehrdienst dem Zivildienst vorziehen würden. Tatsächlich hat das Gesetz auch in diesem Sinne gewirkt. Die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung war 1984 um 35 Prozent niedriger als 1983. Das ist zwar zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß 1983 angesichts der bevorstehenden Gesetzesänderung extrem viele Anträge gestellt wurden, aber immerhin.

Die Regierung kommentiert diese Entwicklung so, daß das neue Gesetz die „Spreu" vom „Weizen", die „echten" Kriegsdienstverweigerer von den „Drückebergern" trenne. Tatsächlich macht die Regierung allerdings ganz etwas anderes: sie bestraft jeden, der nicht zum Bund gehen will, mit fünf Monaten „Zwangsarbeit" und begeht mit dieser ausdrücklichen Diskriminierung der Ersatzdienstleistenden offenen Verfassungsbruch.

Und seit dem 24.4.85 hat sie bei diesem Verfassungsbruch den Segen aus Karlsruhe.

„Militärische Landesverteidigung" ist 1. Bürgerpflicht

Um zu begründen, daß das Bonner Gesetz verfassungskonform ist, behauptet die BVG-Mehrheit, daß die Verfassung eine „Grundentscheidung für eine wirksame militärische Landesverteidigung" enthalte. Militärische Landesverteidigung ist also erste Bürgerpflicht und die Verfassungsrichter haben in erster Linie darüber zu wachen, daß die „Wirksamkeit" dieser militärischen Landesverteidigung nicht gefährdet wird.

Dieser Verfassungsrang der „wirksamen militärischen Landesverteidigung" wurde zum ersten Mal im sogenannten Postkartenurteil des BVG vom 3.4.1978 behauptet. Mit diesem Urteil hatte das BVG — gegen die Stimme des damaligen Verfassungsrichters Hirsch — ein Gesetz der sozial-liberalen Koalition für verfassungswidrig erklärt, das die Kriegsdienstverweigerung per einfacher schriftlicher Erklärung möglich machte. Bereits in diesem Urteil wird sehr deutlich, worin das BVG seine Aufgabe sieht. Denn während für alle Maßnahmen die „im Rahmen bestehender Bündnispflichten eine funktionstüchtige Verteidigung" gewährleisten, den staatlichen Or**ganen einen Persilschein auf Ver**fassungsmäßigkeit ausgestellt wird — selbst die Einrichtung einer Freiwilligenarmee wird dabei als mögliche Variante in Betracht gezogen — spricht das BVG dem Bundestag das Recht ab, die Durchführung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung selbst durch ein Gesetz zu regeln und hebt dieses Gesetz zunächst durch einstweilige Anordnung und dann durch sein Urteil auf.

Wer aber der Meinung ist, daß die „militärische Landesverteidigung" 1. Bürgerpflicht ist, **muß** im Grunde genommen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Grundgesetz als störendes, unbequemes Relikt aus der Nachkriegszeit betrachten, in der bekanntlich selbst Leute wie Adenauer und Strauß sich in der Öffentlichkeit gegen die Wiederaufrüstung aussprachen. Im schon erwähnten **„Postkartenurteil" von 1978 ging das Verfassungsgericht dabei so weit** zu erklären, daß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im Grunde genommen mit der Frage des Wehrdienstes gar nichts zu tun habe, weil es, streng genommen, ja darum gehe, den Kriegsdienstverweigerer vom Zwang zu bewahren, in einer Kriegshandlung einen anderen töten zu müssen. Da eine solche Interpretation sich aber nun auch mit den gewagtesten Winkelzügen nicht mehr als verfassungskonform behaupten läßt, beschränken sich die Richter damals und heute darauf, das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung faktisch einzuschränken.

Die „lästige Alternative"

Das Schlagwort heißt „Ersatzdienst als lästige Alternative". Damit soll klargestellt werden, daß es aus der Sicht des BVG keine „Wahlfreiheit" zwischen Wehrdienst und Ersatzdienst geben darf und schon überhaupt kein Verständnis des Ersatzdienstes als „sozialen Friedensdienst". Denn das wäre ja Kriegs**dienstverweigerung aus politischen** Gründen und damit per se verfassungswidrig.



Protestaktion von Zivildienstleistenden aus dem Jahre 1983

Eine „lästige Alternative" zum Wehrdienst wäre der Zivildienst nach Ansicht der BVG-Mehrheit aber nicht, wenn er genau so lange dauern würde wie der Wehrdienst. Das schon deshalb nicht, so die Richter, weil der Wehrpflichtige ja nach dem Wehrdienst auch noch zu Wehrübungen herangezogen werden kann — bis zu maximal 9 Monaten. (Tatsächlich betrug die durchschnittliche Dauer der Wehrübungen in den Jahren 1970 - 1980 genau 3 1/2 Tage.) Deshalb wäre nach Ansicht der Verfassungsrichter sogar eine 9 Monate längere Zivildienstzeit immer noch verfassungskonform. Die im Gesetz vorgesehene um ein Drittel längere Dienstzeit aber ist nach Ansicht der BVG-Mehrheit das unbedingte Minimum, um wirklich eine „Probe auf das Gewissen" zu sein.

Diese „Gewissensprobe" durch längere Dienstzeit ist laut BVG-Urteil nötig, weil der „Gewissens-TÜV" alten Stils weggefallen ist. Aber 1. ist das mündliche Prüfungsverfahren nur für einen Teil der Verweigerer weggefallen und 2. sind Ablehnungen der Verweigerungsanträge auch weiterhin vorgesehen, wenn „die dargelegten Beweggründe das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu begründen nicht geeignet sind". Von einem Wegfall der Prüfungen kann also keine Rede sein.

Außerdem: mit welchem Recht maßt sich ein Staat an, das „Gewissen" seiner Bürger zu prüfen, der beispielsweise bei den Abgeordneten jedes Hinterfragen von dem, was sie so „Gewissen" nennen, unterbindet?

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß das BVG an dem Bonner Gesetz auch etwas zu kritisieren hatte: noch nicht anerkannte Verweigerer dürfen zwar — wie im Gesetz vorgesehen — im Spannungs- und Kriegsfall eingezogen werden, aber nicht zum Dienst an der Waffe. Womit in Anbetracht der modernen Kriegsführungsmethoden das BVG allerdings eher zu einer stilistischen Überarbeitung des Gesetzes anregt als zu einer inhaltlichen Änderung.

Sozialdemokratischer Eiertanz

Daß es überhaupt zu einer Verhandlung vor dem BVG über das neue Zivildienstgesetz kam, ist der SPD-Fraktion im Bundestag und verschiedenen sozialdemokratischen Länderregierungen zu verdanken. Die Klage der SPD gegen das neue Gesetz ist allerdings halbherzig und richtet sich vor allem gegen die Koppelung von mündlichem Prüfungsverfahren **und** längerem Zivildienst. Daß Verweigerungsgewissen in irgendeiner Weise geprüft werden müssen, um die „Drückeberger" einerseits und die „Politischen" andererseits aus**zusondern, ist auch für die SPD** keine Frage.

Tatsächlich hatte ja auch schon das vom BVG kassierte „Postkartengesetz" der sozialliberalen Koalition zum Ausgleich für den Wegfall der mündlichen Gewissensprüfung die Verlängerung des Zivildienstes um einen Monat vorgesehen und der Streit zwischen CDU/CSU und SPD im Herbst 1982 drehte sich ebenfalls nicht um Grundsätzliches, sondern lediglich darum, ob der Zivildienst 20 Monate (CDU/CSU) oder 19 Monate (SPD) betragen solle.

Der Militarismus marschiert

Sofort nachdem das BVG sein Verfassungsbruchurteil verkündet hatte, trat die Polizei in Aktion und beschlagnahmte Flugblätter der DfG-VK, in denen aufgerufen wurde, den Zivildienst nach 15 Monaten und 3 1/2 Tagen zu beenden (Dauer des Wehrdienstes plus durchschnittliche Dauer der Wehrübungen). Begründung: in den Flugblättern werde eindeutig zu einer Straftat **aufgerufen. So einfach ist das also:** der Bundestag verabschiedet ein Gesetz, das eindeutig der Verfassung widerspricht, das Verfassungsgericht erklärt das der Verfassung widersprechende Gesetz für verfassungskonform und schon sind diejenigen, die sich an den Wortlaut der Verfassung halten, mit einem Bein im Gefängnis.

Dieses Urteil des BVG paßt wie die Faust aufs Auge zu dem, was zum 40. Jahrestag des 8. Mai in der Bundesrepublik abläuft. Zu einem politischen Szenario, bei dem man den Verdacht nicht los wird, daß die eigentliche Lehre von Dregger, Strauß und Co. aus dem 8. Mai '45 heißt: „Der nächste Krieg muß gewonnen werden." Die Zivildienstleistenden haben gegen Ge**setz und** BVG-Urteil Protestaktionen angekündigt und auch schon durchgeführt. Damit erklären wir uns solidarisch. Aber der Kampf darf sich nicht darauf beschränken, individuell zu verweigern, individuell die „wirksame militärische Landesverteidigung" nicht aktiv zu unterstützen. Das ist zu defensiv. Wenn der nächste Krieg nicht stattfinden soll, dann muß der Vormarsch des Militarismus, wie er sich in der gesamten Bündnis- und Sicherheitspolitik der Wenderegierung und eben auch in diesem BVG-Urteil ausdrückt, aktiv Einhalt geboten werden.

Wendeparteien verhindern Gesetz gegen „Auschwitz-Lüge"

Es hatte beonnen mit einem Gesetzentwurf, der die Verbreitung der „Auschwitz-Lüge" unter Strafe stellte und und mit dem Treiben der Neonazis einen gewissen Einhalt gebieten wollte. Das Gesetz aber, das der Bundestag am letzten Donnerstag mit der Stimmenmehrheit der Wendeparteien beschloß, hat mit dem ursprünglichen Gesetzentwurf nichts mehr gemein.

Anstelle des eindeutigen Verbots einer faschistischen Lüge, eben der Auschwitz-Lüge, geht es jetzt um den Schutz des Andenkens Verstorbener, um den Tatbestand der Beleidigung. Einzige Änderung gegenüber vorher: der Kläger muß nicht mehr nachweisen, daß er von jüdischer Rasse ist, und es wird auch von Amts wegen ermittelt.

Und vor allem: Anstelle der eindeutigen Stellungnahme gegen rechts, gegen die ungeheuerlichen Verbrechen des Hitler-Faschismus, geht es jetzt in gleicher Weise gegen „andere Gewalt- und Willkürherrschaften". Damit ist selbstverständlich nicht beabsichtigt, in Zukunft einen F.J. Strauß zu bestrafen, wenn er die Verbrechen der chilenischen Diktatur leugnet oder einen Zimmermann, wenn er die Opfer der Gewaltherrschaft in der Türkei beschimpft. Die Redner der CDU/CSU haben in allen Bundestagsdebatten über den Gesetzentwurf eindeutig klargestellt, worum es ihnen geht: um die Gleichsetzung des millionenfachen Mordes in den deutschen KZs mit den sog. Vertreibungsverbrechen nämlich. Wobei es ihnen in Wirklichkeit noch um ganz etwas anderes geht als um Gleichsetzung. Das hat Alfred Dregger in den letzten Wochen mit seiner an Zynismus nicht mehr zu übertreffenden Aufrechnung von 6 Millionen KZ-Opfern gegen 14 Millionen Opfern der sog. Vertreibungsverbrechen immer wieder deutlich gemacht.

Ein Streit um etwas, was vor 40 Jahren geschah? Nein. Der Kern der Auseinandersetzung um das Auschwitz-Lüge-Gesetz ist der, daß CDU/CSU nicht bereit sind, auch nur ein einziges Gesetz zuzulassen, das eindeutig und einseitig gegen rechts Stellung nimmt. Auch dann nicht, wenn es nur um ein einziges, besonders perfides Versatzstück aus dem neonazistischen Propagandaarsenal geht. Nicht umsonst erklärte die Abgeordnete Hellwig für die CDU/CSU in der Bundestagsdebatte am letzten Donnerstag: „Ich betone hier ausdrücklich, meine Damen und Herren, daß diese Wachsamkeit und Sensibilität für alle Demokraten in diesem Lande nicht nur den Rechts-, sondern genauso den Linksradikalen gelten muß." Und das, wohlgemerkt, in der Debatte um ein Gesetz, das sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus befaßt!

Keine Verurteilung des SS-Treffens durch den Bundestag

Im Anschluß an die 2. und 3. Lesung des ehemaligen Gesetzes gegen die Auschwitz-Lüge beriet der Bundestag am Donnerstag über einen Antrag der SPD und der Grünen gegen die SS-Treffen Anfang Mai. Im ersten Satz dieses Antrags heißt es:

„Der Deutsche Bundestag verurteilt die in Nesselwang geplanten Treffen von Angehörigen der ehemaligen 3. SS-Panzerdivision ‚Totenkopf' (2. bis 5. Mai 1985) sowie der 1. SS-Panzerdivision ‚Leibstandarte Adolf Hitler' und der 12. Panzerdivision ‚Hitler-Jugend' (10. bis 12. Mai 1985)."

Ein Satz, der den Bundestagsabgeordneten wirklich nicht allzu viel abverlangt, sollte man meinen. Immerhin hatten beispielsweise die Parlamentarier des niederländischen Parlaments von der Bundesregierung gefordert, dieses SS-Treffen zu verbieten.

Trotzdem fand dieser Satz wie auch der gesamte Antrag von SPD und Grünen keine Mehrheit im Bundestag. Die Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP enthielten sich der Stimme bzw. stimmten dagegen.

Der Abgeordnete Klein, der für die CDU/CSU Stellung nahm, beklagte sich darüber, daß die SPD die Tatsache des „Kameradschaftstreffens" bereits als „Verhöhnung der Opfer des Nazi-Regimes" bezeichne; er regte sich darüber auf, daß der Antrag mit „erschreckender Undifferenziertheit" gegen die Waffen-SS Stellung beziehe und warnte vor „pauschaler Verurteilung"; und er forderte schließlich, daß man auch andere „gelten" lassen und ihnen die verfassungsmäßig garantierte Versammlungsfreiheit gewähren müsse.

Originalton Klein: *„Mit einem pharisäischen Phänomen aber sollten wir endlich Schluß machen: als geläuterte Demokraten nur jemanden anzuerkennen, wenn er sich einer bestimmten Partei anschließt."* Na, bitte. Jetzt wissen wir doch endlich, warum Zimmermann die HIAG aus dem Verfassungsschutzbericht gestrichen hat: weil es sich dabei um „geläuterte Demokraten" handelt, die sich durchaus nicht nur in der HIAG, sondern auch in „einer bestimmten Partei" zusammengeschlossen haben...

Die Haltung der Bundestagsmehrheit zu den SS-Treffen in Nesselwang ist ein Skandal — und ein wichtiger Grund mehr, die Demonstration gegen das SS-Treffen massiv zu unterstützen.

8. Mai 1985

Zentrale Kundgebung des DGB in Aachen Neonazis kündigen Störungen an

Der DGB wurde 1945 als FDGB in Aachen gegründet. Dieses wichtige Ereignis ist für den DGB Anlaß, eine zentrale Kundgebung zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und der Gründung der Einheitsgewerkschaft zu organisieren.

Für die Veranstaltung auf dem Aachener Rathausplatz ist der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, als Redner vorgesehen.

Im Vorfeld der Veranstaltung haben Neonazis Störungen angekündigt. Sie beabsichtigen, mit einer Volkstreuen Außerparlamentarischen Oppositon (VAPO) alle Gegensätze in der neofaschistischen Bewegung zu überwinden und in Aachen den Linken aller Schattierungen, die dem Reichsgedanken untreu geworden sind und dem bolschewistisch unterwanderten DGB den Alleinherrschaftsanspruch auf die Straße streitig zu machen. So der Nazi-Wortschatz.

Beim Treff der Aachener Friedensgruppen hat eine koordinierende Sitzung aller Gruppen stattgefunden, die ein Auftreten der Faschisten in Aachen verhindern wollen. Dabei ist von den Erfahrungen mit Neonazi-Aktivitäten in der Vergangenheit ausgegangen worden. Die Aktivitäten der Zentrale der Wiking-Jugend in Stolberg (Kreis Aachen) zeigen sich im ganzen Kreis und in der Aachener City. Die Aufkleber der Wiking-Jugend verschwinden allerdings immer ebenso schnell wie sie im Aachener Stadtbild auftauchen, wenn mal wieder einer der Wiking-Skins mit seinen Fallschirmspringerstiefeln durch die Stadt marschiert ist.

Ende letzten Jahres haben die Neofaschisten Drohbriefe an fortschrittliche Aachener Bürger mit der Ankündigung gerichtet: „Wir werden euch rote Säue von nun an mit allen Mitteln bekämpfen!!!" Zur Landtagswahl kandidiert ein Herr Stefan Lochen für die faschistische FAP im Wahlkreis II der Stadt Aachen. Dazu ist in den Kreisen Aachener Gewerkschafter eine Unterschriftenliste gesammelt worden, die an den Landeswahlleiter geht und gegen die Wahlzulassung der Freiheitlichen Arbeiterpartei protestiert.

Zentrale Kundgebung des DGB in Aachen zum 40. Jahrestag der Befreiung und Gründung des DGB am 8. Mai 1985, 18.00 Uhr auf dem Rathausvorplatz
Sammeln zum Schutz gegen Nazi-Störer um 17.30 Uhr auf dem Rathausvorplatz

Die KPD wird zusammen mit anderen Aachener Antifaschisten den Anspruch der Nazis, die Straßen für ihre faschistische Ideologie zu erobern und sich dort mit ihrem Terror gegen fortschrittliche Menschen und gegen Ausländer zu wenden, aktiv bekämpfen.

Wir meinen, daß die Aachener Gewerkschafter und Antifaschisten mit den zentral mobilisierten Nazis nicht allein gelassen werden sollten. Genossinnen und Genossen der Partei, die in der Lage sind, am 8. Mai nach Aachen zu fahren, sollten die Genossen dort unterstützen.

Die DGB-Veranstaltung beginnt um 18.00 Uhr. Um 17.30 Uhr sammeln wir uns mit den Aachener Teilnehmern auf dem Vorplatz des Aachener Rathauses.

8. Mai 1945

Befreiung, aber kein Neubeginn



Nicht nur die Geschichte der Bundesrepublik, sondern auch die Haltung der Regierenden in Bonn heute zu diesem Datum zeigt anschaulich, daß die Hoffnungen auf eine Entmachtung der Triebkräfte für Faschismus und Krieg, eine wirkliche Vergangenheitsbewältigung nicht stattgefunden hat.

Sie sprechen von „Zusammenbruch" und „Chaos", von „Niederlage" und Katastrophe". Für den CDU-Fraktionsvorsitzenden Dregger hat am 8. Mai vor allem die angebliche Vertreibung von 14 Millionen Menschen begonnen und dies „alles war eine ungeheure Katastrophe, die zum Feiern nicht den geringsten Anlaß bietet".

Da nimmt es nicht Wunder, wenn von diesen Herren eine Auschwitz-Lüge von Neonazis einer „Vertreibungslüge", wenn die Verbrechen des Hitler-Regimes mit anderen Ereignissen gleichgesetzt werden. Wenn sich ein Kohl oder Windelen bei den Vertriebenenverbänden herumtummeln und den dort propagierten „Revanchismus"- und „Heim-ins-Reich"-Parolen regierungsoffiziellen Anstrich geben. Für CDU-Generalsekretär und Bundesminister Geißler wäre es ohnehin besser gewesen, wenn „beide (Kommunismus und Faschismus) damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären".

Keine Frage, dieser bundesdeutsche Staat wurde unter maßgeblicher Schützenhilfe der westlichen Besatzungsmächte USA und England wesentlich von alten Nazis und konservativen Wegbereitern der Hitler-Diktatur unter dem schon immer gültigen Schlachtruf des Antikommunismus aufgebaut. Flick und Co kamen wieder frei und übernahmen das Kommando erst in den Betrieben, dann auch wieder in der Politik. Generäle Hitlers bauten die Bundeswehr mit auf, alte NS-Parteigänger besetzten Kommandozentralen in den konservativen Parteien, in öffentlichen Ämtern und Medien, im Polizei- und Justizapparat, ja sie konnten und konnen, wie ein Filbinger oder Kiesinger, Lübke oder Carstens Ministerpräsident, Bundeskanzler oder Bundespräsident dieser Republik werden.

Kanzler Kohl nennt diese nach 1945 eingeschlagene Entwicklung der Bundesrepublik in Abgrenzung zur DDR die „Grundentscheidung für die politische Freiheit auf der Seite und im Schutz der Wertgemeinschaft der westlichen Demokratie. (...) Westbindung und soziale Marktwirtschaft waren und sind das unverzichtbare Fundament deutscher Politik in der Nachkriegszeit."

Deshalb hat er auch nichts besseres zu tun, als am Vorabend des 8. Mai sich in Bonn mit den Häuptern jener westlichen imperialistischen Wertegemeinschaft, Reaktionären und Kriegstreibern wie Reagan und Thatcher auf dem Weltwirtschaftsgipfel zu treffen.

Solche Haltung und diese Feiern zum 8. Mai zeigen deutlich, wes Geistes Kind die Herrschenden in diesem Lande sind, daß noch immer die Kräfte das Sagen haben, die auch Hitler und den Krieg zu verantworten hatten, und seinen Untergang als Zusammenbruch und Katastrophe empfinden und die Geschichte umdichten müssen. Dem Vormarsch dieser Politik gilt es Einhalt zu bieten, wenn die Lehren aus der Geschichte gezogen und das Vermächtnis der Opfer und Widerstandskämpfer des Naziregimes erfüllt werden soll: „Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg von deutschem Boden". Es ist dem DGB-Vorsitenden Ernst Breit in seiner Beurteilung des 8. Mai 1945 zuzustimmen:

„Sicherlich hat der 8. Mai 1945 nicht für alle Teile der deutschen Bevölkerung dasselbe bedeutet. Für diejenigen, die Hitler zur Macht verholfen hatten, für die Gruppen des Bürgertums, auf die sich das nationalsozialistische Herrschaftssystem vor allem stützen konnte, war der 8. Mai natürlich die dunkelste Stunde ihrer Geschichte.

Für die deutsche Arbeiterbewegung war der 8. Mai auch eine Mahnung an die Tatsache, daß nicht sie es gewesen war, die den Nationalsozialismus gestürzt hatte. Dennoch bedeutete dieser Tag für die Arbeitnehmer die endgültige völkerrechtlich wirksame Befreiung von einem Joch, unter dem sie — nach der jüdischen Bevölkerung — am meisten gelitten hatten. Deshalb wird der DGB den 8. Mai als einen Tag der Befreiung begehen (...)"

REPORTAGE

Noël und Chico, die Compas der Juventud Sandinista

Zwei Monate lang besuchte eine Delegation des nicaraguanischen Jugendverbandes Juventud Sandinista de 19 Julio (Sandinistische Jugend vom 19. Juli — gemeint ist der Tag der Befreiung 1979, RM) die deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich und die Bundesrepublik. Begleitet wird die Delegation von Genossen der Schweizer Zentralamerikasolidarität. Die Schweizer haben auch einen Film mit, der in enger Zusammenarbeit mit der Juventud Sandinista und dem Videoladen der Gewerkschaften in Nicaragua im vergangenen Jahr gedreht wurde.

In Dortmund war die Gruppe Gast einer Veranstaltung der KPD und der KJD. Bei dieser Veranstaltung und einigen Terminen der ersten Tage im Ruhrgebiet war ein RM-Redakteur dabei.

Am Sonntag, dem 21. April, war bei dem hier so seltenen herrlichen Frühlingswetter der Saal in Dortmund für die Veranstaltung für Nicaragua gegen 15.00 Uhr mit rund 90 Leuten ziemlich gefüllt. Aber erst eine halbe Stunde vorher hatten wir Kontakt mit der Gruppe bekommen, sie war noch in Wuppertal, wir verabredeten uns am Stadtrand von Dortmund, um die Gäste möglichst schnell zum Veranstaltungslokal zu lotsen. Mit einer guten Stunde Verspätung begann die Veranstaltung — aber das Warten sollte sich gelohnt haben, wie die Teilnehmer auch später übereinstimmend meinten.

Die Gruppe bestand aus zwei Compas — so ist die gebräuchliche Abkürzung für Companero — Genosse. Noël aus Managua, er ist Leiter der Delegation und in Nicaragua verantwortlich für politische Schulung in der Juventud Sandinista. Dann Chico, ein Compa aus den Bergen. Die schweizer Organisatoren hatten Wert darauf gelegt, daß nicht nur hohe Funktionäre aus der Hauptstadt dabei sind. Eigentlich sollten es vier sein. Bei der Begrüßung wird auch sofort offen erklärt, warum es zunächst nur zwei Vertreter sind: die anderen sind an den Hürden gescheitert, die Nicaragua selbst aufgebaut hat, um wehrpflichtigen Jugendlichen die Ausreise zu erschweren. Und selbst die Juventud-Funktionäre konnten die Bürokratie nicht so schnell überwinden. Mittlerweile ist es aber gesichert, daß sie bei den noch kommenden Veranstaltungen dabei sind.

Nach der kurzen Begrüßung konnte endlich der Film beginnen. Die beiden Compas und die Begleiter aus der Schweiz wurden während der Laufzeit des Films zum Essen eingeladen, sie waren ohne Mittag von einer Veranstaltung zur anderen geeilt. Dabei machten wir uns näher bekannt, erzählten ihr kurz über unsere Partei, den Jugendverband, einiges über die konkrete Lage und die Probleme der Stahlstadt Dortmund. Einmal wurden wir von heftigem Beifall aus dem Saal unterbrochen, die ersten 55 Minuten des Films waren um, beim Wechseln der Kassette merkte man schon, er kam gut an — gute Stimmung also auch bei der Delegation.

110 Minuten, also fast zwei Stunden lang geht der Film „La Revoluta". Obwohl nach dem Film schon einige Leute gingen, war die Veranstaltung noch lange nicht zu Ende. Die KJD begrüßte die nicaraguanischen Genossen mit einer türkischen Folkloredarbietung und überreichte ein kleines Transparent mit dem KJD-Emblem und einer Sandino-Darstellung. Und sie versprach am 4. Mai, wenn Ronald Reagan nach Bonn kommt, auch für die nicaraguanische Revolution einzutreten. Nach dem Dank der Compas erzählte zuerst Noël einiges über die wichtigsten Aufgaben der



Die Compas der Juventud: Chico und Noël, während der Diskussion, vorn Guy Barrier, der den Filn gemacht hat und dolmetschte.

Juventud Sandinista. Die Schwerpunkte der Tätigkeit der Juventud, die heute 50000 Mitglieder zählt, liegen heute in den Bereichen Erziehung, Studium, Produktion, Landesverteidigung und vielfältigen kulturellen und ideologischen Aktivitäten. Die Mitglieder der Juventud arbeiten in Bau- und Erntebrigaden, mobilisieren für den Wehrdienst, organisieren Selbsthilfe an Schulen und Universitäten.

Im Film mehrfach angesprochen und auch ein breites Thema der langen Diskussion in Dortmund: der Kampf gegen den Machismo — den männlichen Chauvinismus. Die Genossen des nicaraguanischen Jugendverbandes haben es sich zur Aufgabe gemacht, in ihrem vielfältigen Kampf den sie führen, auch neue Lebensformen auszuprobieren, die traditionelle Rollenverteilung aufzubrechen.

Der Machismo ist in der Tat ein großes Problem in Nicaragua — wie im übrigen in vielen Ländern dieser Region, und nicht nur dort. Die größten Schwierigkeiten gibt es, nach Auskunft der Compas, im privaten Bereich, in den Zweierbeziehungen. Hier bemühen sie sich, durch Kulturarbeit, Veranstaltungen und Initiativen alte Traditionen zu zerstören, sich selbst anders zu verhalten. Als Chico, der Compa aus den ländlichen Gebieten von alten Traditionen und Normen berichtete, verstand man mehr von der Bedeutung dieser Aufgabe, die sich der Jugendverband selbst gestellt hat. Chico selbst im übrigen, lebt mit seiner Freundin zusammen, ist aber nicht verheiratet, was in dem katholisch geprägten Land heute glücklicherweise keine so große Ausnahme und Sensation mehr darstellt.

Bis nach neun Uhr abends wurde noch diskutiert. Die lebhafte Art der beiden Vertreter der Juventud — die sich auch selbstkritisch oder ironisch äußerten — begeistete vor allem die jungen Genossen, die so lange geblieben waren. Wie locker es manchmal zuging, macht vielleicht der folgende Ausschnitt aus der Diskussion klar. Noël erläuterte mit hehren Worten, daß man in Nicaragua versuche *„den revolutionären Weg in der Beziehung zwischen Mann und Frau zu gehen"*. Auf die sofortige Nachfrage, was das denn sei, antwortete er zunächst: *„Das weiß ich nicht, darüber habe ich noch kein Memorandum der Leitung bekommen."* Aber im Ernst, die konkreten Aufgaben des Jugendverbandes in diesem Bereich sind Information über Geburtenkontrolle und Verhütung, sowie die Stärkung des Bewußtseins über die Verantwortlichkeit eines jeden, der eine Beziehung eingeht.

Guy Barrier, einer der schweizer Begleiter, der zusammen mit Christine Knorr und vielen nicaraguanischen Freunden den Film gemacht hat, wollte natürlich auch noch Stimmen zu dem Streifen haben. Kontroversen gab es keine: einhelliges Lob wurde geäußert.

Die Delegation übernachtete bei Dortmunder Genossen, der nächste Tag war wieder voller Termine. Gespräch mit dem Bundesvorstand der SDAJ, „Elan"-Interview, als wir die Genossen abholten, war die Zeit schon wieder knapp. Die Gruppe mußte sich teilen, eine Veranstaltung war in Bottrop angesagt, zur gleichen Zeit eine andere in Bochum-Langendreer. Wir packten die Sachen um, die Fahrtwege wurden erläutert, ich nahm Chico und Guy samt der Anlage zur Großprojektion des Video-Films mit nach Bochum. Nachdem dort alles aufgebaut worden war, ist passiert, was mal passieren mußte: die Filmkassetten waren im anderen Auto, und das war schon in Bottrop. Aber Chico schaffte es, die knappe Stunde, die man brauchte, um den Film heranzuschaffen, erzählte er aus Nicaragua, diskutierte, beantwortete Fragen. Am späten Abend, nach den 110 Minuten Film, mußte man dann noch nach Düsseldorf, dort gab es den ganzen Tag ein volles Programm, am Abend eine Veranstaltung in Gelsenkirchen, die der Gruppe aber sehr gut gefallen hat: viele Leute, interessante Diskussionen, ein gutes Spendenergebnis und die Gelsenkirchener liehen der Delegation für eine Woche ein zusätzliches Auto wegen der vielen Parallel-Veranstaltungen.

Etwas gestreßt aber zufrieden sehen wir uns am Mittwoch vormittag wieder. Endlich ein Tag ohne Termine von morgens bis zum Abend. Ich hatte versprochen, daß dies ein Tag sein sollte, an dem nicht die Nicas über ihr Land erzählen müßten, sondern daß wir einiges von hier zeigen. So ging es etwas ruhiger zu, wenn auch Paßformalitäten schon wieder den halben Vormittag in Beschlag nahmen.

Erste Station war dann das Bergbaumuseum in Bochum. Die vielen Modelle über die verschiedenen historischen Stadien des Bergbaus fesselten unsere Gäste, auch für die beiden schweizer Genossen war vieles neu und erstaunlich. Ein Modell, das die Bergbautechnik von vor über 100 Jahren darstellte, kommentierte Noël so: *„Das ist der Stand der Technik bei uns."* Im unterirdischen Teil des Museums — der die Bedingungen „vor Ort" originalgetreu wiedergibt — konnte man neben gewaltigen Maschinen auch die Arbeitsbedingungen der Kumpel nachvollziehen, die soviel zum Reichtum unseres Landes — oder genauer der Kapitalisten dieses Landes beigetragen haben und dabei selbst nicht reich wurden — im Gegenteil.

Nächste Station waren die Bochumer Opel-Werke. Die Organisatoren der Veranstaltung hatten es Bochumer Betriebsräten zu verdanken, daß die Delegation noch eine Werksbesichtigung machen konnte. Eigentlich war alles ausgebucht,





aber dann klappte es doch noch — man konnte sich einer Besuchergruppe aus den Niederlanden anschließen.

18500 Arbeiter arbeiten bei Opel in Bochum. *„Das macht ungefähr die Hälfte der Arbeiterklasse Nicaraguas aus"*, kommentierten die Compas. In den großen Hallen des Preßwerks mit den riesig hohen, stampfenden Stahlpressen und dem unerträglichen Lärmpegel begann die Besichtigung, die uns in viele Teile des Werkes führte, daß täglich eintausend komplette Autos ausspuckt. Besonders beeindruckend waren die Abteilungen, in denen mit neuester Technik gearbeitet wurde. Während wir Noël und Chico erst kurz vorher erzählt hatten, wieviel Arbeitslose es gerade im Revier gab, sahen sie jetzt, wie Karosserieteile von Robotern vollautomatisch zusammengeschweißt wurden, ohne daß ein Arbeiter noch irgendwie daran beteiligt gewesen wäre. In anderen Abteilungen fuhren elektronische Karren wie von Geisterhand gesteuert durch die Halle, von einem Platz, wo sie mit Material und Teilen bestückt wurden, fuhren sie zu einem Montageplatz, wo ein Arbeiter all die Dinge zusammenbaute, fuhren wieder weiter an einen vorprogrammierten Ort.

Im Gegensatz zu vielen der jungen holländischen Gäste des Opel-Werkes waren unsere Gäste aus Nicaragua gar nicht so total fasziniert, waren durch die hochentwickelte Technik nicht so beeindruckt, daß ihnen die Fragen über die konkreten Arbeitsbedingungen, den Nutzen dieser Technik ausgingen. Im Gegenteil, die Ausführungen des Werksführers, der völlig euphorisch die tollen Erfolge von Opel darstellte, kommentierten sie äußerst klassenbewußt.

Am späten Nachmittag waren noch Besorgungen in der Stadt zu machen, am Abend waren wieder zwei Veranstaltungen angesagt. Der Delegation bleibt kaum Zeit, etwas zu verarbeiten, die letzten Veranstaltungen nachzubesprechen, gewonnene Eindrücke zu reflektieren. Die Compas nehmen natürlich jede Gelegenheit wahr, auf Veranstaltungen zu reden, über Nicaragua zu diskutieren, das ist ja auch ihr Auftrag von der Juventud Sandinista in Nicaragua. Und die Organisatoren der Rundreise wollen dies auch, denn nicht zuletzt ist es auch ein finanzielles Problem: mehr Veranstaltungen — mehr Geld. Immerhin ist die Kostenplanung der Rundreise mit über 32000 Mark schon sparsam angesetzt, und neben der Dekkung dieser Kosten will man natürlich auch ordentlich etwas für die Spendenprojekte der Juventud reinholen. An dieser Stelle soll auch mal die hervorragende Arbeit des Informationsbüros Nicaraguas e.V. in Wuppertal erwähnt werden, das die Tournee der Juventud in Westdeutschland und Westberlin organisiert hat.

Während Chico mit einem Begleiter nach Solingen-Langenfeld fuhr, gingen Noël und Guy zu einer Veranstaltung der neuen Städtepartnerschaftsinitiative in Bochum. Die Veranstaltung war von vielen Organisationen unterstützt und gegen 19.00 Uhr war der Saal auch schon ziemlich voll. Leider hatten die Veranstalter den Wunsch, nur den Schlußteil des Films zu sehen, um mehr Zeit zur Diskussion zu haben, spürte man dann aber noch der ganze erste Teil des Films gezeigt. In der Diskussion in Bochum waren Schwerpunkte Fragen, die sich sehr kritisch mit der Entwicklung in Nicaragua beschäftigten. Manchmal hatte man das Gefühl, einige „Alt-Linke" beklagten sich darüber, daß die Revolution in Nicaragua nicht den Verlauf nähme, wie sie glauben, daß es sein müßte.



Ein Genosse der schweizer Mittelamerika-Solidarität sang begeistende lateinamerikanische Lieder

So wurde ein nicaraguanisches Plakat kritisiert, auf dem eine junge Frau ihren Mann umarmt, und der Text des Plakates sagt, daß sie stolz darauf sei, daß ihr Mann zum Militär gehe. Dies Plakat und Sequenzen aus dem Film, die die Begeisterung zeigen, mit der junge Nicaraguaner zum Militärdienst an die Front gehen, wurden hart angegriffen. Von Frauenfeindlichkeit und Sexismus wurde gesprochen, Vergleiche zum Hitler-Faschismus gezogen, der mit ähnlichen Bildern operiert hätte. Noël war gefordert, aber er diskutierte ganz eindeutig: *„Wenn ich hier leben würde, würde ich wahrscheinlich denken wie du"*, begann er und machte nochmal in aller Dringlichkeit klar, welche Bedeutung die militärische Verteidigung für die Revolution in Nicaragua hat. Daß nicht alle Agitation und Propaganda der Sandinisten richtig oder geschickt ist, räumte er ein, verwahrte sich aber ausdrücklich dagegen, die Verhältnisse und Bedingungen Nicaraguas mit hiesigen Maßstäben zu messen.

Bei dieser Veranstaltung stellte ich dann auch mal die Frage nach seinen Ansichten über die Marxisten-Leninisten Nicaraguas vor der Versammlung. Wir hatten schon einigemale darüber gesprochen, mich interessierte, was der Compa vor der Versammlung dazu sagen würde. Noël begann mit der Geschichte, erzählte daß die MAP aus ehemaligen Mitgliedern der Frente Sandinista und der revisionistischen KP entstanden sei. Wie Daniel Ortega kürzlich im Parlament, stellte er zunächst heraus, daß die MAP die einzige Organisation gewesen ist, die neben der Frente mit bewaffneten Einheiten gegen Somoza gekämpft habe. Die Differenzen mit der MAP begründete er mit deren angeblichen Forderungen nach knallharter totaler Verstaatlichung von allem Boden in Nicaragua, ihrer Kritik an der Amnestie für Deserteure der Contras und ihrer strikten Ablehnung aller Verhandlungen mit den USA. *„Manchmal habe ich den Eindruck, die Politik der MAP gilt für ein anderes Land, nicht für Nicaragua"*, sagte er und berichtete, in der FSLN würde gemutmaßt, wenn die MAP-ML an der Macht wäre, hätte sie die binnen kurzer Zeit verspielt, weil sie viel zuwenig die Besonderheiten und konkreten Bedingungen Nicaraguas in Betracht zöge. Zum Schluß seiner Ausführungen lobte er die Genossen der MAP aber nochmals wegen ihrer Disziplin und ihrer kritischen Solidarität mit der nicaraguanischen Revolution und berichtete von vielen ehemaligen Mitgliedern der MILPAS (das war die Guerilla der MAP, RM) die gute, revolutionäre Kader der Juventud Sandinista seien.

Am Abend wollten wir noch Abschied feiern, aber kamen kaum dazu. An jenem Mittwoch nämlich sollten die zwei anderen Mitglieder der Delegation aus Nicaragua morgens in Berlin ankommen, wir erwarteten sie am Abend am Bahnhof in Bochum. Aber keiner entstieg dem Zug Warschau-Paris. Große Hektik. Die nächsten Stunden wurde hektisch herumtelefoniert. Vom Informationsbüro Wuppertal, bis zur Botschaft Nicaraguas in Berlin/DDR usw. Keine Spur. In der Nacht dann kamen wir per Telefon durch nach Managua: die beiden waren noch dort, fliegen erst in einigen Tagen.

Etwas enttäuscht, aber wenigstens ohne Sorge, daß sie irgendwo „verloren" gegangen sind, ging der ereignisreiche Tag zu Ende. Am nächsten Tag war wieder volles Programm in Köln. Unter anderem wartete der Redakteur des „Roten Rebell" auf seine Interviewpartner aus Nicaragua...

m. b.

La Revoluta

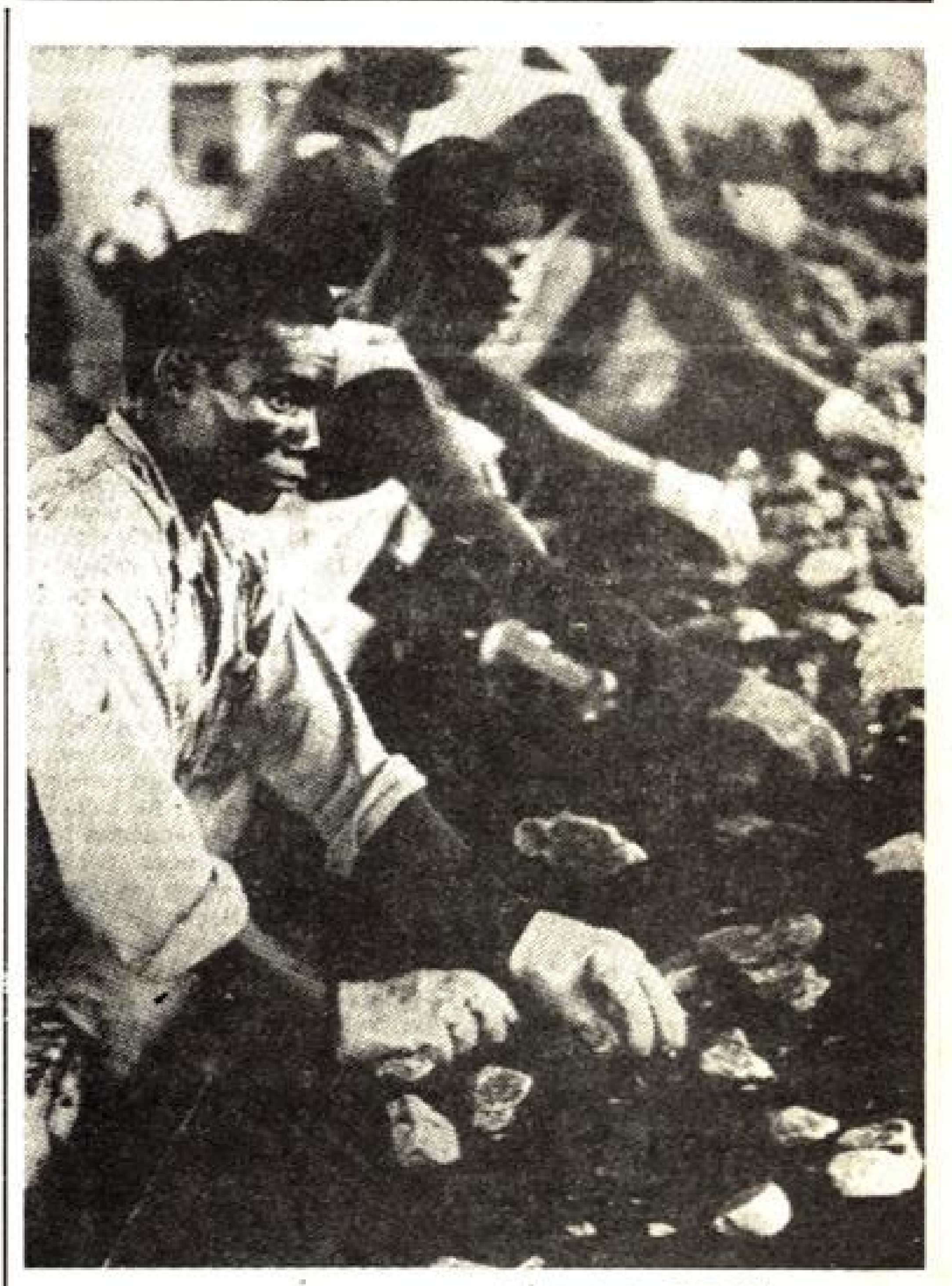
Ein Film mit der Sandinistischen Jugend

Der Film entstand im Jahre 1984. Guy Barrier, ein Genosse der schweizer Mittelamerika-Solidarität hat ihn in Nicaragua zusammen mit der Juventud Sandinista und mit Unterstützung des Videoladens der Gewerkschaftszentrale CST gedreht. Zusammen mit Christine Knorr hat er aus dem umfangreichen Material einen 110 Minuten langen Streifen gemacht, der verschiedenste Aspekte der nicaraguanischen Revolution darstellt.

Die KJD hat eine Video-Kopie des Films bestellt — beim Start dieses Films wird der Rote Morgen noch einmal ausführlich auf den Inhalt eingehen. Hier nur eine kurze Inhaltsangabe dieses Films, der äußerst solidarisch, aber gar nicht unkritisch Geschichte und Gegenwart der Revolution darstellt.

Zu Beginn erzählt „el Monstro", ein ehemaliger Rockerbandenchef wie er zur Revolution, zur Frente kam. Packende Aufnahmen aus den bewaffneten Kämpfen an den Barrikaden sieht man, dann Bilder aus der Gegenwart — von der Alphabetisierungskampagne, über Aufgaben in der Produktion, eine Baubrigade, Erntebrigaden werden vorgestellt.

Im zweiten Teil geht es hauptsächlich um ideologische Probleme, Ansichten über den „nuevo hombre", den neuen Menschen, werden geäußert, Mann-Frau-Probleme dargestellt, internationalistische Aufgaben und Aktivitäten erläutert. Nach eindringlichen Bildern über die Bewegung der jungen Campesinos, der jungen Bauern, befaßt sich der Schlußteil mit dem Militärdienst heute und zeigt bewegende Bilder über eine Abschiedsveranstaltung junger Soldaten in Managua. Ein Film, der ohne Hintergrundkommentar auskommt —, zu jedem Teil sprechen nur Betroffene — der zur Diskussion anregt, der Ansichten und Erfahrungen vermittelt — kurz: der sehr sehenswert ist.



Schwarze Arbeiter in einer Goldmine in Südafrika

Wieder Todesopfer in Südafrika

Nach Streik: 13000 Bergarbeiter gefeuert

Allein am Wochenende vor dem 1. Mai wurden in Südafrika in den Siedlungen der Schwarzen wieder sechs Menschen, darunter ein zwölfjähriges Mädchen getötet. Tausende demonstrierten gegen die Opfer des Polizeiterrors in den vergangenen Wochen und 13000 Bergarbeiter wurden nach einem Streik kurzerhand entlassen. Die Zeichen stehen auf Sturm in Südafrika.

270 Kilometer westlich von Johannesburg liegt das größte Goldbergwerk der Welt. Im Vaal-Reefs-Bergwerk arbeiten insgesamt 40000 schwarze Bergleute. Seit dem Wochenende sind es 13000 weniger. Rundfunkberichten zufolge wurden sie am vergangenen Samstag vor Beginn der Tagschicht von ihrer Entlassung in Kenntnis gesetzt.

Vorausgegangen war ein Tarifkonflikt mit der größten Südafrikanischen Bergwerksgesellschaft „Anglo-American Corporation", die dem Großindustriellen Harry Oppenheimer gehört, der als reichster Mann Südafrikas gilt. Die „Anglo-American Corporation" wollte eine zehnprozentige Lohnerhöhung lediglich einer Anzahl von schwarzen Aufsehern zugestehen, die Masse der Kumpel davon ausschließen. Die Bergarbeitergewerkschaft aber hatte die Ausdehnung dieses Angebots auf alle Beschäftigten gefordert. Als die unter extrem harten Bedingungen arbeitenden Kumpel, daraufhin in den Streik traten, war diese Massenentlassung nach einer Woche die Antwort der Werksleitung. Die Folgen für die Kumpel — mehr als ein Viertel der Belegschaft — sind ungewöhnlich hart. Ein Sprecher der Firmenleitung sagte, man habe sofort mit der Auszahlung der noch ausstehenden Löhne begonnen, und damit müssen die 13000 Kumpel ihre Quartiere auf dem Werksgelände verlassen und in die sogenannten „Homelands", die von der weißen Regierung als Wohngebiete für die Schwarzen eingerichteten Reservate zurückkehren.

Bislang galt die „Anglo-American Corporation" des Harry Oppenheimer als eine „progressive" Gesellschaft in Südafrika, die die Gewerkschaft akzeptiere und sich für eine gerechte Bezahlung der Schwarzen einsetze. Dieses Ammenmärchen ist nun wohl vom Tisch.

Zu Beginn des Tarifkonflikts hatte es noch geheißen, die Gesellschaft wolle die Entscheidung über die Forderungen der Kumpel aufschieben und die für den nächsten Monat geplanten Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Bergwerkskammer abwarten, die als Vermittler auftreten solle. Als die Kumpel aber in den Streik traten, zeigte sich sehr schnell das wahre Gesicht der Bergwerkskapitalisten.

Auch in den schwarzen Vororten der großen Städte gehen die Kämpfe gegen die Rassistenregierung weiter. In zwei Wohnsiedlungen am Stadtrand von Port Elizabeth nahmen am vergangenen Wochenende rund 50000 Menschen an den Beerdigungsfeierlichkeiten für 26 Schwarze teil, die in der letzten Zeit durch Polizei- und Militäreinsätze ums Leben kamen. Große Polizeieinheiten hatten die Vororte Zwide und Kwanobuhle abgeriegelt und bedrohten die Teilnehmer der Trauerfeierlichkeiten. Die Beerdigungen sind immer wieder große Protestdemonstrationen gegen das Willkürregime der faschistischen Regierung Bothas.



Elendsviertel in Brasilien

Die Herrscher der Welt

Zur Strategie des Weltwirtschaftsgipfels

Im folgenden drucken wir den Redebeitrag der KPD auf einer gemeinsamen Veranstaltung von BWK, FAU (R) und KPD in Hamburg anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels ab. Der Beitrag beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den wirtschaftlichen Strategien des Gipfels, insbesondere gegenüber den Ländern der Dritten Welt.

Anfang Mai wird in Bonn der elfte Weltwirtschaftsgipfel zusammentreten. Diese Einrichtung wurde unter dem Eindruck der ersten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit 1974/75 durch eine Initiative des damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard geschaffen. Als eigentlicher Inspirator dieses Versuchs, einen internationalen Regulierungsmechanismus für krisenhafte Prozesse in der Weltwirtschaft zu installieren, darf jedoch der bekannte Weltökonom Helmut Schmidt gelten. Der Gipfel ist gegenüber anderen internationalen Institutionen eine äußerst exklusive Angelegenheit: Es sind die sieben stärksten imperialistischen Mächte — nämlich die USA, die BRD, Japan, Britannien, Frankreich, Kanada und Italien — die hier ihre Strategien abstimmen. Bezeichnend für das Gewicht, das der Gipfel im Rahmen der internationalen Beziehungen bekommen hat, ist die Tatsache, daß er — vor allem auf Betreiben der USA — immer mehr neben wirtschaftlichen auch politische und insbesondere militärische Fragen behandelt.

Zieht man die Bilanz des seit der Installierung vergangenen Jahrzehnts, so wird deutlich, daß sich die Problemlast der imperialistischen Hauptländer erheblich verstärkt hat. Die Krise von 1974/75 markierte nur den Beginn eines Umbruchs in der kapitalistischen Entwicklung, der gekennzeichnet ist von einer erheblichen Abschwächung der Wachstumsraten, durch anhaltende Überakkumulation von Kapital, durch andauernde Strukturkrisen in wichtigen Industriezweigen, Stagnationserscheinungen auf dem Weltmarkt usw.

Unter diesen Bedingungen mußte sich zwangsläufig die Konkurrenz unter den Gipfelstaaten selbst verschärfen, was wiederum die Entwicklung gemeinsamer Strategien schwieriger gestaltete. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß die jährlichen Gipfel von immer den gleichen Themen beherrscht werden. Das gilt insbesondere für das riesige — inzwischen auf 200 Milliarden Dollar angewachsene — amerikanische Haushaltsdefizit, das in erster Linie durch die forcierten Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus und die entsprechenden Rüstungsausgaben begründet ist. Dieses Defizit drückt Zinsniveau und Dollarkurs hoch, ist somit eine wesentliche Ursache dafür daß seit Jahren Geldkapital in riesigen Mengen aus der ganzen Welt in die USA gesaugt wird. Das international hohe Zinsniveau wirkt sich nicht nur lähmend auf die Investitonstätigkeit in den entwickelten kapitalistischen Ländern aus, es verschärft vor allem die Schuldenkrise der dritten Welt und fördert damit die Gefahr eines Zusammenbrechens des internationalen Kreditsystems.

Im Vorfeld des letztjährigen Weltwirtschaftsgipfels in London hatte Kohl noch vollmundig erklärt, er wolle eine Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zur Reduzierung der Haushaltsdefizite erreichen, was natürlich in erster Linie gegen die amerikanische Haushaltspolitik gerichtet war. Auf dem Gipfel selbst und in seinen Beschlüssen war dann von einer solchen Verpflichtung allerdings nicht mehr die Rede. Tatsächlich gibt es in der Logik des US-Imperialismus auch keine Alternative zur jetzigen Politik. Reagan hat es durch Kürzungen im sozialen Bereich des Haushalts ja immerhin schon erreicht, daß die Zahl der unter der offiziell festgelegten Armutsgrenze lebenden US-Bürger auf 35 Millionen hochgeschnellt ist oder daß — wie jüngst eine Untersuchung der Harvard-Universität ergab — 500000 Kinder in den USA unterernährt sind. Weitere und substanzielle Kürzungen im US-Haushalt aber würden für den US-Imperialismus ans Eingemachte gehen: nämlich an das Projekt des Aufbaus einer Militärmacht, die den siegreichen Krieg gegen die Sowjetunion möglich macht.

Wenn auf den Weltwirtschaftsgipfeln auch zwischenimperialistische Widersprüche — zu erwähnen wäre hier auch der zunehmende Protektionismus — nicht gelöst werden konnten, so stellte sich doch eine bemerkenswerte Übereinstimmung hinsichtlich der konkreten Formen einer Abwälzung der zunehmenden Krisenlasten auf die Werktätigen der Teilnehmerländer und auf die dritte Welt her.

Das Abschlußkommuniqué des letzten Gipfels bestätigte ausdrücklich die Notwendigkeit der mittlerweile von allen sieben Staaten verfolgten sogenannten Stabilitätspolitik — also einer Politik des brutalen Angriffs auf soziale Besitzstände der Massen, der rigorosen Umverteilung von staatlichen Sozialausgaben zugunsten einer direkten Bezuschussung der Kapitalakkumulation, zugunsten der Subventionierung von Rationalisierungsstrategien des Kapitals und nicht zuletzt zugunsten der Hochrüstung.

In bezug auf die anhaltende, in mehreren Ländern noch steigende Massenarbeitslosigkeit verpflichtete schon der letzte Weltwirtschaftsgipfel die Teilnehmerländer auf die Beseitigung der — wie es hieß — „starren Haltung auf dem Arbeitsmarkt". Gemeint ist damit das unnachgiebige Abräumen aller gesetzlichen oder tarifvertraglichen Schranken, die dem entgegenstehen, daß die Ware Arbeitskraft tatsächlich frei nach Angebot und Nachfrage gehandelt werden kann. In dieser Hinsicht hat ja vor allem das US-Kapital in jüngster Zeit bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen. Das vielgerühmte amerikanische „Beschäftigungswunder" der letzten Jahre beruht zu einem großen Teil auf der Schaffung von Arbeitsplätzen gerade in solchen gewerkschaftsfreien und tarifvertragsfreien Bereichen der Wirtschaft, so die gezahlten Löhne teilweise nur noch die Hälfte der noch geschützten Industriearbeiterlöhne ausmachen. Wie sehr das BRD-Kapital danach giert, in bezug auf solche traumhaften Bedingungen der Profitmacherei mit dem US-Kapital gleichzuziehen, zeigen das gerade verabschiedete Beschäftigungsförderungsgesetz und die weit darüber hinausgehenden Vorstöße der FDP-Führung.

Ähnlich wie in den gerade angesprochenen Fragen haben sich die Weltwirtschaftsgipfel auf einheitliche reaktionäre Strategien weitgehend auch gegenüber der Verschuldungskrise der dritten Welt geeinigt, einer Krise, die inzwischen in einen Teufelskreis gemündet ist, aus dem es auf der Grundlage der bürgerlichen Politik kein Entrinnen mehr gibt. Auf 970 Milliarden Dollar sind die Auslandsschulden der dritten Welt bei imperialistischen Staaten und Banken angewachsen. Neue Kredite dienen mittlerweile nahezu ausschließlich der Tilgung und Verzinsung alter Kredite; sie stehen somit nicht für die Akkumulation in den Entwicklungsländern zur Verfügung. Damit werden aber auch die Bedingungen dafür systematisch untergraben, daß die riesige Schuldenlast wenigstens zu bedeutenden Teilen überhaupt irgendwann getilgt werden kann. Zudem stoßen auch die jetzt getätigten Industrieexporte aus der dritten Welt auf anhaltende Nachfrageschwäche und vor allem auf zunehmende protektionistische Barrieren — beispielsweise in Form von sogenannten Selbstbeschränkungsabkommen — in den imperialistischen Ländern.

Gleiches gilt für die Rohstoffe, die insgesamt den weitaus bedeutendsten Anteil der Exporte aus den Entwicklungsländern ausmachen. Die Wachstumsschwäche und die Modernisierungsstrategien in den

imperialistischen Ländern haben die Nachfrage nach Rohstoffen abgeschwächt und in den letzten Jahren den rapiden Preisverfall bei den wichtigsten Rohstoffen beschleunigt. Hier wird die besondere Brisanz der Verschuldungskrise deutlich: Eine durch hohe Zinsen und hohen Dollarkurs angetriebene Drehung der Verschuldungsspirale nach *oben* fällt zusammen mit einer nach *unten* gerichteten Wirtschaftsentwicklung, die es immer mehr unmöglich macht, die aufgenommenen Kredite durch eine Steigerung des Exports zurückzuzahlen.

Wie verhält sich nun der Weltwirtschaftsgipfel zu diesen Problemen? Außer einer phrasenhaften Bekundung seines „guten Willens" brachte er auf der letztjährigen Tagung nichts vor, was zur Milderung des Drucks auf die Entwicklungsländer hätte beitragen können (beispielsweise in Form von Moratorien, Schuldenerlaß usw.). Stattdessen wurde die verschärfte Anwendung des sogenannten Konditionalitätsprinzips gefordert, womit gemeint ist, daß Kredite nur noch gegeben werden sollen, wenn die Länder der dritten Welt sich bereiterklären, bestimmte von den imperialistischen Kreditgebern diktierte Auflagen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang wurde konsequenterweise vom Gipfel auch die zunehmende „Schlüsselrolle des Internationalen Währungsfonds" (IWF) hervorgehoben. Damit wird eine Praxis festgeschrieben, nach der auch Privatbanken sich nur dann an neuen Krediten, an Stützungs- oder Umschuldungsmaßnahmen für die Entwicklungsländer beteiligen, wenn diese sich zuvor dem Diktat des IWF und dessen berüchtigten Auflagenlisten gebeugt haben.

Ein peruanischer Bischof hat kürzlich alle Politiker, die an der Umsetzung von IWF-Aktionen beteiligt sind, umstandslos als Mörder bezeichnet. Und das kann man durchaus wörtlich nehmen. Denn zum festen Bestand der erwähnten IWF-Auflagen gehört beispielsweise die Streichung von Subventionen für Lebensmittel, die in vielen Ländern der dritten Welt die Regel sind, um angesichts extrem niedriger Einkommen das nackte Überleben der Menschen zu sichern. Darüber hinaus beinhalten die IWF-Auflagen, die eine sogenannte Stabilitätspolitik in den kreditnehmenden Ländern einleiten sollen, Maßnahmen wie drastische Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen, Privatisierung staatlicher Sektoren und natürlich eine Beseitigung aller Hemmnisse, die einer verstärkten Investitionstätigkeit der imperialistischen Monopole in diesen Ländern entgegenstehen. Diese über den IWF koordinierte Strategie der Imperialisten führt insgesamt dazu, in den betreffenden Entwicklungsländern die Potentiale der nationalen (und hier vor allem der staatlichen) Wirtschaft weiter entscheidend zu schwächen, die Abhängigkeit dieser Länder von den imperialistischen Metropolen zu erhöhen und Millionen von Menschen in extreme Verelendung und Hungertod zu treiben, um den Banken weiterhin die Rückzahlung der Kredite zu garantieren und den imperialistischen Monopolen insgesamt neue Profitquellen in diesen Ländern zu erschließen.

Die notwendige Folge der Verschuldungskrise und insbesondere der IWF-Strategien ist das Anwachsen von sozialen Erschütterungen in großem Ausmaß. Erinnert sei hier nur an die sogenannten Brotunruhen in Ägypten, Marokko, Tunesien und zuletzt im Sudan — zumeist unmittelbare Reaktionen auf vom IWF diktierte Streichungen von Lebensmittel-Subventionen — oder an die jüngsten Kämpfe in Bolivien. Angesichts des solchermaßen angehäuften sozialen Zündstoffes, angesichts der von den Imperialisten erwarteten sprunghaften Entwicklung der Klassenkämpfe in der dritten Welt werden traditionelle politische Strategien — etwa die Ersetzung von gegenüber den Massenkämpfen als sich zu „schwach" erweisenden Regimes durch faschistische Diktaturen wie 1981 in der Türkei — werden solche Strategien als unzureichend empfunden. Die Gipfelstaaten, und hier vor allem die USA, bereiten sich vielmehr verstärkt darauf vor, durch den Aufbau von speziellen Eingreiftrupps selbst jederzeit und an jedem Ort in die Klassenkämpfe der dritten Welt militärisch intervenieren zu können.

Der Grad der Vereinheitlichung, den die Gipfelstaaten bei der Militarisierung ihrer Beziehungen zur dritten Welt erreicht haben, wurde in der auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel verabschiedeten gemeinsamen Resolution zum Terrorismus deutlich. Bemerkenswert daran war zweierlei: 1. wird tendenziell jeder Ausdruck des Widerstands gegen imperialistische Herrschaft und Verelendungspolitik als Terrorismus definiert, dem somit auch mit koordinierten Mitteln militärischer Gewalt begegnet werden müßte. 2. haben sich die USA immer mehr durchgesetzt mit ihrer Interpretation der globalen Widersprüche, die den Widerstand in der dritten Welt als Ausdruck einer sowjetischen Aggression definiert und somit den Krieg gegen die Völker der dritten Welt und die Kriegsvorbereitungen gegen den Warschauer Pakt zu einer einheitlichen Strategie zur „Verteidigung der freien Welt" macht.

Die hier kurz dargestellten Politiklinien werden auch den diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel bestimmen. Zu erwarten ist nur, daß die Konturen dieser reaktionären Politik noch deutlicher herausgearbeitet werden. Das gilt vor allem für alle Fragen der sogenannten Sicherheitspolitik. Bereits auf dem letzten Gipfel hatte Reagan versucht, in die Resolution zum iranisch-irakischen Krieg eine Drohung mit militärischem Eingreifen zu verankern. In Bonn wird Reagan darauf drängen, den Gipfel auf unzweideutige Unterstützung seiner Intervention gegen Nicaragua festzulegen.

Schließlich werden vor allem die mit dem Konfrontationskurs gegenüber dem Warschauer Pakt verbundenen Fragen sicher eine größere Rolle spielen als sie es auf dem letzten Gipfel getan haben. Der Londoner Gipfel stand stark unter dem Einfluß des amerikanischen Wahlkampfs, wo Reagan sich nicht zuletzt auch als verständigungsbereiter Friedenspolitiker profilieren wollte. In Bonn dagegen wird das Bestreben des US-Imperialismus zum Tragen kommen, für sein SDI-Projekt breite politische, technologische und vor allem finanzielle Unterstützung — und das nicht nur durch NATO-Länder — zu erzielen. Die Chancen dafür stehen leider nicht schlecht. US-Kriegsminister Weinberger hatte Ende letzten Jahres herausgestellt, daß er der BRD bei diesem Projekt eine Schlüsselrolle einräumt: „Ich kann nicht genug unterstreichen, wie wichtig für alle der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland ist." Die Antwort aus Bonn ließ nicht lange auf sich warten. Schon auf der Münchner Wehrkundetagung im Februar schlug Kohl Pflöcke ein und legte sich unmißverständlich auf eine Beteiligung an SDI fest: „Ich rate nachhaltig, dabei mitzumachen."

Es gibt also viele Gründe für die demokratischen Kräfte in der BRD, gegen diesen Gipfel Front zu machen. Um so bedauerlicher ist die faktische Spaltung der Protestaktion in den ersten Maitagen. Das vor allem, weil gerade die umfassende reaktionäre Strategie des Weltwirtschaftsgipfels die Notwendigkeit überdeutlich macht, dieser Strategie einheitlichen Widerstand aller demokratischen Kräfte entgegenzusetzen.



Polizeieinsatz in Peru — gegen eine Demonstration, die sich gegen die IWF-Politik richtete



Hungerdemonstration in Marokko: Auch die „Brotunruhen" in den nordafrikanischen Staaten waren Ergebnis der Gipfel — IWF-Politik

Bundestagsdebatte über Wirtschaftsgipfel

Stoltenberg: Kein Schuldenerlaß

In der Debatte im Bundestag um den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel gab es, neben den üblichen — auch von Wahlkampfaspekten stark geprägten — Auseinandersetzungen zwischen Regierung und SPD auch einen echten inhaltlich alternativen Vorstoß: Den Vorschlag der Grünen, den abhängigen Ländern die Schulden zu erlassen.

Für die Regierungsparteien ging Finanzminister Stoltenberg auf diesen Vorstoß der Grünen ein. Seine Reaktion: Rundweg Ablehnung. Nur weltweites Wirtschaftswachstum könne die schwere Lage der unterentwickelten Länder bessern, freie Märkte und Finanzströme. Mit anderen Worten: Stoltenberg plädierte ganz direkt für die Fortsetzung der bisherigen Politik, wie sie die Teilnehmerstaaten dieses Gipfels betreiben, die Bundesrepublik an vorderster Front.

Von den freien Märkten und Finanzströmen profitieren natürlich nur die großen kapitalistischen Staaten — wobei anzumerken ist, daß die Finanzströme keineswegs ganz frei fließen, sondern koordiniert über den Internationalen Währungsfonds, dessen erpresserische Politik in den betroffenen Ländern auf immer größeren Widerstand breiter Teile der Bevölkerung stoßen.

Sein Hauptargument gegen einen Schuldenerlaß war es, darauf hinzuweisen, daß diese Länder dann ja keine Kredite mehr erhalten würden. Was wiederum bedeutet, daß Stoltenberg ziemlich deutlich zugibt, daß es für die Gläubiger (in erster Linie Privatbanken) um Zinsgewinne geht, das ist ihr erstes Interesse.

Vom Standpunkt der verschiedensten stark verschuldeten Entwicklungsländer aus, vor allem im Interesse der werktätigen und arbeitslosen Bevölkerung wäre ein solcher Schuldenerlaß in der Tat ein ganz wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Lage. Warum dies als unmöglich dargestellt wird, liegt nahe: Bezahlen müßten diesen Schritt die Gläubiger, in starkem Maße eben auch die BRD und die großen westdeutschen Banken.

Stoltenberg hatte, wie auch schon der letztjährige Gipfel, als Alternative dazu nur anzubieten, man müsse darauf achten, auf die Lage der verschuldeten Länder Rücksicht zu nehmen. Angesichts dieser Haltung, die sowohl die Bundesregierung als auch die anderen beteiligten imperialistischen Regierungen einnehmen, ist es nur folgerichtig, wenn sich Bestrebungen von zunehmenden Massenbewegungen in jenen Ländern darauf richten, keinen weiteren Schuldendienst abzuleisten...

„Schreib das auf, Kisch!" *

*Aufforderung eines Fabrikarbeiters, sich für die Abschaffung einiger Mißstände einzusetzen.

Dieser Aufforderung kam Egon Erwin Kisch, schon 19jährig als Journalist tätig, gern und oft nach. Denn: Interesse an allem Ungewöhnlichen und Aufschreibenswerten hatte er schon während der Arbeit bei der „Bohemia" und beim „Tageblatt" in seiner Heimatstadt Prag, wo er von 1906 bis 1913 arbeitete. Während seines ersten Berlin-Aufenthaltes 1913/18 (Mitarbeit am „Berliner Tageblatt") wandte er seinen kritischen Blick vermehrt politischen und sozialen Mißständen zu. Aber er wollte nicht nur sehen und das gesehene aufschreiben, er wollte selbst mitarbeiten an einer gesellschaftlichen Umwälzung.

Konsequenz: Beteiligung am Januar-Streik 1918 in Wien, Mitarbeit in illegalen Soldatenräten und in der „Roten Garde", 1919 dann Eintritt in die KPÖ, anschließend Ausweisung aus Wien.

Nach einer Zeit ohne festen Wohnsitz, auch später führten ihn seine Ruhelosigkeit und sein Engagement immer wieder auf Reisen durch die halbe Welt (viele Länder Europas, Australien, USA), geht er 1921 zurück nach Berlin, wo er bis 1933 seinen Wohnsitz hat.

Die Atmosphäre von Berlin, geprägt von Hektik und politischem Umbruch, war die Umgebung, die Kisch brauchte: Mehrere Buchveröffentlichungen, unter anderem „1925 „Der rasende Reporter", 1925 nach dem er zeitlebens seinen Namen „weg"hatte, „Zaren, Popen, Bolschewiken", 1927 nach einer, ihn sehr beeindruckenden Sowjetunion-Reise und „Paradies Amerika", 1930.

Wie falsch übrigens der Spitzname „rasender Reporter", den sich Kisch selbstironisch gab, ist, zeigt seine Arbeitsweise. Denn trotz vieler Buch- und Zeitungsveröffentlichungen ist es falsch zu denken, daß Kisch seine Reportagen zugefallen wären. Er feilte immer wieder an ihnen herum, kaum eine wurde als Erstfassung veröffentlicht. Außerdem weist der Titel „rasender Reporter" auf Sensationslüsternheit und Boulevardpresse hin — bei Egon Erwin Kisch natürlich ganz falsch.

Joseph Roth, ein Verehrer von ihm, sagte dazu: *„Egon Erwin Kisch ist kein rasender Reporter; das ist ein Spitzname, den er sich nicht ohne Selbstironie gegeben hat. Er ist ein gründlicher und gewissenhafter Berichterstatter."*

Neben seinen Buchveröffentlichungen, meist entstanden während oder nach seinen Reisen, war „Egonek", wie ihn seine Freunde und bald auch die ganze fortschrittliche Presse nannten, Mitarbeiter verschiedener linksgerichteter Zeitungen, wie der „Weltbühne", „Arbeiterstimme" und der „Neuen Bücherschau". Sein Hauptengagement aber galt der kommunistischen Presse. Seine Kolumnen, Reiseberichte und Eindrücke aus dem politischen Kampf erfreuten sich in der „Roten Fahne", der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung" und dem „Magazin für alle", einem illustrierten Blatt für die Mitglieder des kommunistischen Buchclubs „Universum-Bücherei für alle", einer großer Beliebtheit.

Neben seiner journalistischen Arbeit engagierte sich Egon Erwin Kisch, soweit es seine Zeit gestattete, in „politischer Kleinarbeit", als Mitglied der



Roten Hilfe Deutschlands, als Referent der Marxistischen Arbeiterschule (Masch) und besonders als Mitbegründer des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS). Im BPRS waren von 1928 bis 1935 antifaschistische Schriftsteller, Journalisten und Verleger organisiert, nun auch außerhalb des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller, ihre politischen Interessen zu vertreten und vor allem eine revolutionäre Literatur durchzusetzen versuchten.

Im BPRS arbeitete E. E. Kisch mit Schriftstellern wie Johannes R. Becher, Anna Seghers, Willi Bredel, Erich Weinert, Ludwig Renn und Arbeiterkorrespondenten wie Hans Marchwitza, Emil Ginkel und Karl Grünberg.

„Kisch gilt zu Recht als der eigentliche Begründer der sozialistischen Reportage. Er schuf eine Synthese aus Reisebericht, Lokalreportage und wissenschaftlicher Untersuchung, die er mit Wertungen vom Standpunkt des Proletariats verband." Eine wohl die Arbeit Kischs treffende Einschätzung von Frank Beer, dem Herausgeber einer Anthologie mit dem Titel „Vorwärts und nicht vergessen" (Verlag Volk und Welt, Berlin 1977).

Als die Nazis 1933 den Reichstag anzündeten, um die erste Hetzjagd gegen Oppositionelle zu starten, gehörte E.E. Kisch zu den Betroffenen; nach zweiwöchiger Haft wurde er, der ja tschechoslowakischer Staatsbürger war, auf Intervention der CSR nach dort abgeschoben. Seine Reportage „Aus den Kasematten von Spandau", die Ende März in der jetzt in Prag erscheinenden „AIZ" veröffentlicht wurde, berichtet darüber.

Die Zeit des Exils, das ihn von Prag über Paris und New York nach Mexico führte, wo er von 1940 bis 46 lebte, um dann in seine Heimatstadt Prag zurückzukehren, war für Kisch, den Weltenbummler, wahrscheinlich nicht so hart wie für viele der mit ihm Exilierten. Denn seine Ruhelosigkeit hatte ihn ja auch schon vorher selten lange an einem festen Ort gelassen.

So schreibt auch Klaus Mann in seinem autobiografischen Roman „Der Wendepunkt" über ihn: *„E. E. Kisch, ‚Der rasende Reporter' machte zwischen irgendwelchen abenteuerlichen Fahrten für ein paar Tage in Amsterdam Station, vibrierend von nervöser Vitalität, geplagt von nie ganz erfüllten, vielleicht unerfüllbaren Ambitionen, aggressiv, humorvoll, enthusiastisch, ein echter Weltfreund und Weltverbesserer, fast ein Romantiker mit materialistisch-marxistischen Grundsätzen."*

Wie wichtig für Kisch neben verschiedenen Reisen und Eindrücken verschiedener Länder und Städte der Kontakt und die ständige Anwesenheit anderer Menschen und die Gespräche mit ihnen war, zeigt die folgende, vielleicht etwas übertriebene Anekdote: *„Ich fragte kürzlich einen Freund, was denn unser Kamerad Kisch so triebe. Der Freund antwortete mir: ‚Egonek ist gerade aus dem Zentrum Paris, wo er ständig Besuch bekam und deshalb nicht in Ruhe arbeiten konnte, nach außerhalb gezogen.' Auf meine Frage, ob er denn jetzt mit seiner Arbeit besser vorankäme, kam die Antwort: ‚Nein, er läuft jetzt ständig in der Wohnung auf und ab — er wartet auf Besuch!"*

Als 1937 die Lage des spanischen Volkes in seinem Kampf um die Republik immer schlechter wurde, und verstärkt Menschen aus vielen Ländern zu Hilfe eilten, war auch für Kisch die Zeit, nach 1918/19, zum zweiten Male in die vorderste Reihe des Kampfes zu stellen: Er stand 1937/38 den Internationalen Brigaden zur Verfügung.

Aber während der ganzen Zeit Exils, so auch während seines Spanien-Aufenthaltes, arbeitete Egon Erwin Kisch literarisch und journalistisch: seine Arbeit an bedeutenden Exilpublikationen wie „Neue Weltbühne", Exil-„AIZ", „Einheit", „Das Wort" oder „Neue Deutsche Blätter" sowie seine Buchveröffentlichungen u.a. „China geheim", 1933 „Geschichten aus sieben Ghettos" (1934), „Soldaten am Meeresstrand" (1938), „Marktplatz der Sensationen" (1942) und „Entdeckungen in Mexico" (1945) zeugen davon.

Kischs unermüdliche Schaffenskraft läßt leicht den Eindruck entstehen, daß er ein lebensfroher und optimistischer Mensch gewesen ist, der leicht mit allen Schwierigkeiten fertig wurde. Daß dies nicht so war, wird deutlich durch den Nachruf von Andre Simone in der „Neuen Weltbühne" 1948, kurz nach dem Tode Kischs am 31.3., der wohl zugleich eine Würdigung wie auch eine Kürzest-Beschreibung eines Teils der Persönlichkeit von Egon Erwin Kisch war: *„Ohne Kisch ist die Menschheit ärmer um ihren optimistischen Pessimisten, der keine gute und jede schlechte Nachricht glaubt, und der doch zutiefst überzeugt ist, daß man diese Welt ändern kann und wird."*

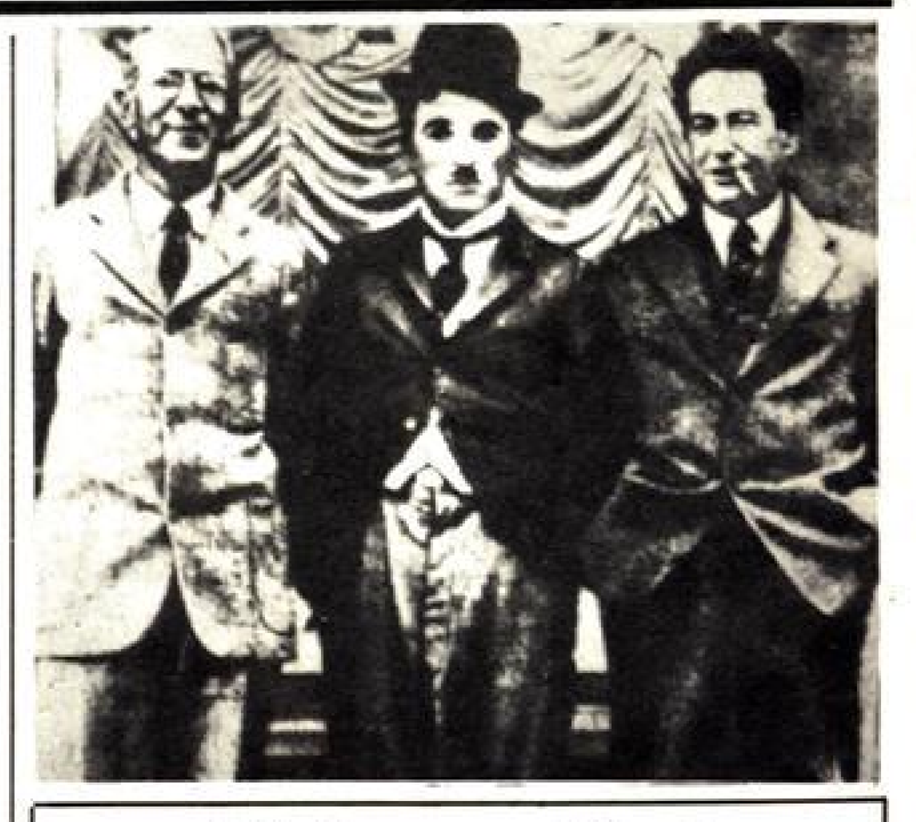
In der Bundesrepublik hat man ein etwas gespaltenes Verhältnis zum „Meister der Reportage": gerne möchte man ihn als Journalist würdigen, aber andererseits auch gerne verschweigen oder in der Bedeutung herabsetzen, daß Kisch Kommunist war. Ganz dreist treiben es dann „Literaturwissenschaftler" wie Rudolf Ströbinger, der das Problem löst: Er behauptet, Kisch sei nie Kommunist gewesen, sondern nur von seiner stramm parteihörigen Frau Gisela gelenkt worden. So einfach geht das also!

Henri Nannen wollte, als er vom „Stern" aus einen Kisch-Preis stiftete, gerne den Journalisten und Menschen (eben mit kommunistischer Gesinnung) trennen. Sicher hätte Kisch vom „Stern" seinen eigenen Preis nicht bekommen, wenn er noch lebte!

Und was sich das Postministerium unseres Landes dachte, als es zum 100. Geburtstag Kischs am 29.4. eine Briefmarke mit seinem Konterfei herausbrachte, würde ich gerne wissen.

Ich denke, daß E.E. Kisch sich für diese zweifelhafte Ehre herzlich bedanken würde, denn er hätte, würde er heute leben, die Zustände in „diesem unserem Lande" sicher genauso hart kritisiert wie er es in der Weimarer Republik tat.

H.M., Kiel



Bücher von Kisch

Die beste Ausgabe der Bücher des Egon Erwin Kisch gibt der Aufbau-Verlag Berlin/DDR heraus. Die Ausgabe ist in der BRD über den Brücken-Verlag Düsseldorf zu beziehen. In 10 Leinenbänden ist das Werk zusammengefaßt. Hier eine Zusammenfassung des aktuellen Standes der Edition:

Band 1: Der Märchenhirt — Schreib das auf, Kisch! — Komödien. Gegenwärtig nicht lieferbar, eine Nachauflage wird für 1986 vorbereitet, 16,10 DM.

Band 2/1: Aus Prager Gassen und Nächten — Prager Kinder — Die Abenteuer in Prag. Lieferbar, 16,10 DM.

Band 2/2: Prager Pitaval — Späte Reportagen. Lieferbar, 12,90 DM.

Band 3: Zaren, Popen, Bolschewiken — Asien gründlich verändert — China geheim. Lieferbar, 16,10 DM.

Band 4: Paradies Amerika — Landung in Australien. Lieferbar 16,10 DM.

Band 5: Der rasende Reporter — Hetzjagd durch die Zeit — Wagnisse in aller Welt — Kriminalistisches Reisebuch. Lieferbar, 16,10 DM.

Band 6: Geschichten aus sieben Gettos — Eintritt verboten — Nachlese. Lieferbar, 16,10 DM.

Band 7: Marktplatz der Sensationen — Entdeckungen in Mexiko. Lieferbar, 16,10 DM.

Band 8: Mein Leben für die Zeitung 1906—1925. Lieferbar, 16,10 DM.

Band 9: Mein Leben für die Zeitung 1926—1947. Lieferbar, 16,10 DM.

Band 10: Läuse auf dem Markt, vermischte Prosa. Erscheint im Sommer 1985, ca. 29,80 DM.

Klassischer Journalismus — Die Meisterwerke der Zeitung. Gesammelt und herausgegeben von Egon Erwin Kisch. Aufbau-Verlag, 19,30 DM.

Unter den Uhren vor Prag. Bildreportagen aus aller Welt. Aufbau-Verlag, erscheint demnächst, ca. 9.80 DM.

Kurt Tucholsky über Kischs „Paradies Amerika" (1930)

... Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, der alte —

Nein, doch nicht. Egon Erwin Kisch zeigt uns, daß es hohe Zeit ist, die deutsche Straßenmeinung über Amerika zu revidieren; das Land sieht doch anders aus, als es sich auf den Vergnügungsreisen beamteter Nichtstuer präsentiert. „Paradies Amerika" heißt Kischs Buch. Amerika ist ein Paradies. Der Unternehmer. E. E. Kisch hat eine Eigentümlichkeit, die ich immer mehr bejahe: er sieht sich in fremden Ländern allemal die Gefängnisse an. Denn maßgebend für eine Kultur ist nicht ihre Spitzenleistung; maßgebend ist die unterste, die letzte Stufe, jene, die dort gerade noch möglich ist. (...)

Kisch hat in Amerika viel gesehen, und er hat, was er gesehen, gut erzählt, lebendig erzählt, frisch erzählt. Man hat nicht den Eindruck, er sei nun hingegangen, um auf alle Fälle in Amerika alles schlecht zu finden — aber er ist marxistisch geschult und läßt sich nichts vormachen. Nur ein Amerikaner wird beurteilen können, ob er nun auch alles ganz so gesehen hat, wie es wirklich ist — aber wie „ist" ein Land? Der das Land beherrscht, wird ein andres Bild haben als der, der es erleidet; Kisch ist bei den Leidenden gewesen. Das Buch enthält eine Fülle von Material; ein Glanzstück bester Darstellungskunst ist das Kapitel von der Küstenschiffahrt nach Kalifornien. Es sind kleine Bilder aus einem großen Lande, Rohmaterial für jene gewichtigen Bücher, die die geistigen Strömungen eines Landes untersuchen, meist, ohne daß die Verfasser die Quellen kennten. Wer eine Arbeiterbibliothek verwaltet, sollte das Buch Kischs anschaffen.

Zitate

Im folgenden ein der Form nach ungewöhnlicher Beitrag zur Sozialismus- und Programmdiskussion: Ich möchte nur einige kurze Zitate gegenüberstellen und dann eine Frage aufwerfen. Eine weitere Kommentierung scheint mir in diesem Zusammenhang nicht erforderlich — die Zitate sprechen für sich.

V. Parteitag der KPD, 1983: „Wenn Diktatur des Proletariats das bedeutet, was sowohl Marx als auch Lenin darunter verstanden, nämlich die Herrschaft der Arbeiterklasse als Klasse (der ‚assoziierten Produzenten'); wenn die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann und nicht das Produkt eines passiven Proletariats, das durch wohlwollende und aufgeklärte Bevollmächtigte der Revolution erzogen wird, so wird klar, daß die führende Rolle der revolutionären kommunistischen Partei sowohl bei der Eroberung der Macht als auch beim Aufbau des Sozialismus nur darin bestehen kann, das Proletariat mit der Waffe des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus zu rüsten, seine Masseninitiativen zu fördern, es für die revolutionäre Linie und Politik der Partei zu gewinnen, auf daß es seine führende Rolle wahrnehmen kann.

Keinesfalls aber kann es Aufgabe der Partei sein, sich an die Stelle der demokratisch gewählten Organe der proletarischen Staatsmacht zu setzen, Aufgaben des Staates, der Gewerkschaften etc. selbst als Partei zu übernehmen. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse kämpft für die Durchsetzung einer korrekten politischen Linie und um die politische Führung innerhalb der Organe des proletarischen Staates, ohne sich selbst an seine Stelle zu setzen." (Kommunistische Hefte, Sondernummer 1983 „Dokumente des V. Parteitags der KPD", Seite 100 f.)

Resolution des vereinigten Sekretariats der IV. Internationale, 1977: „Wenn Diktatur des Proletariats das bedeuten soll, was die Wörter eigentlich besagen und was ausdrücklich in der theoretischen Tradition sowohl von Marx als auch von Lenin enthalten ist, d.h. die Herrschaft der Arbeiterklasse als Klasse (der ‚assoziierten Produzenten'); wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann und nicht das Produkt eines passiven Proletariats, das durch wohlwollende und aufgeklärte Verwalter der Revolution erzogen wird, dann ist klar, daß die Führungsrolle der revolutionären Partei sowohl bei der Eroberung der Macht als auch beim Aufbau der klassenlosen Gesellschaft nur darin bestehen kann, die Masseninitiativen der Klasse politisch zu führen, die politische Vorherrschaft in einer Klasse zu gewinnen, die mehr und mehr Eigentätigkeit entfaltet, darum zu kämpfen, eine Mehrheit in der Klasse für die Vorschläge der revolutionären Partei zu gewinnen, und das alles mit politischen und nicht mit administrativen oder repressiven Mitteln.

Unter der Diktatur des Proletariats wird die Staatsmacht von demokratisch gewählten Arbeiterräten ausgeübt. Die revolutionäre Partei kämpft für eine korrekte politische Linie und die politische Führung innerhalb dieser Arbeiterräte, ohne sich selbst an deren Stelle zu setzen. Partei und Staat — und mehr noch Parteiapparat und Staatsapparat — bleiben streng voneinander getrennte und unterschiedliche Einheiten. Überdies sollte es das Ziel sein, den Parteiapparat abzubauen." (Rote Hefte, Organ der GIM, „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats", Erstveröffentlichung 28.7.77, Seite 9 f.)

Lenin, 1921: „Was die syndikalistische Abweichung betrifft, so braucht man nur ein paar Worte zu Schljapnikow zu sagen, der behauptet, daß der ‚Gesamtrussische Kongreß der Produzenten' — wie es buchstäblich schwarz auf weiß in ihrer Plattform geschrieben steht und von der Kollontai bestätigt wird — mit Berufung auf Engels verteidigt werden könne. Das ist lächerlich. Engels spricht von der kommunistischen Gesellschaft. Dort wird es keine Klassen mehr geben, dort wird es Produzenten geben. Gibt es aber jetzt bei uns Klassen? Jawohl. Gibt es jetzt bei uns einen Klassenkampf? Den allerwütendsten! Und wenn man im Augenblick des wütendsten Klassenkampfes kommt und sagt: ‚Gesamtrussischer Kongreß der Produzenten' — was ist das anderes als eine syndikalistische Abweichung, die man entschieden und ein für allemal verurteilen muß?" (Werke Bd. 32, S. 214)

Engels, 1884: „Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt." (Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, Berlin (DDR) 1969, Seite 195)

H.D. Koch, 1985: „Wenn in einer kommunistischen Partei über die sozialistischen Zielvorstellungen und das Programm der Partei debattiert wird, dann liegt der Verdacht nahe, daß der Rückgriff auf die ‚Klassiker' in diesem Zusammenhang vor allem das Ziel verfolgt, neue Fragestellungen abzublokken. Jetzt, wo beide Artikel vorliegen, wird deutlich, daß sie im Gegenteil neue Fragen aufwerfen..." (Kommunistische Hefte 10, Seite 1 f.)

Und nun meine Frage: Auf wen wird da zurückgegriffen, und welche „neuen Fragen" werden aufgeworfen?

Vielleicht doch noch eine kurze Anmerkung: Das Original — die Programmschrift der IV. Internationale — geht im Gegensatz zum Plagiat — der Resolution des V. Parteitags der KPD — von einer klassenlosen Gesellschaft aus. Im Gegensatz zu den Plagiatoren scheuten sie offenbar den offenen Widerspruch zu Engels und Lenin. Dadurch kommen sie aber zu der ungeheuer konsequenten Haltung, die Rolle der Arbeiterklasse in der klassenlosen Gesellschaft zu erörtern. Offenbar ist es gar nicht so einfach, den Begriff der Diktatur des Proletariats beizubehalten, aber seines revolutionären Inhalts völlig zu berauben. Sowohl der eine als auch der andere Versuch erscheinen unbrauchbar. Vielleicht klappt es besser, wenn man sich zusammentut.

Ich glaube nicht, daß den Parteitagsdelegierten gesagt wurde, wo wesentliche Passagen des ihnen vorgelegten Resolutionsentwurfs abgeschrieben sind. Ich bin gespannt, ob der RM diesen Leserbrief abdrucken wird. Ein Vorschlag für die Begründung der Ablehnung: „Ein völlig zusammenhangloses Aneinanderreihen von Zitaten als Leserbrief erledigt sich von selbst durch Komik." Wie wär 's?

Rot Front
Peter

Anmerkung

Zur „Enthüllung" im Leserbrief des Genossen P.R. zwei Anmerkungen: 1. Ob die Formulierung der Parteitagsresolution auf irgendwelche Vorbilder zurückgeht oder nicht — an erster Stelle muß doch die Frage stehen, ob man die zitierten Ausführungen inhaltlich für richtig hält oder für falsch. Einmal abgesehen davon, daß die Klammer mit den „assoziierten Produzenten" tatsächlich ein wenig schief ist: Der Inhalt ist korrekt und stimmt mit der Stoßrichtung der Thesen des Zentralkomitees überein.

Etwas Richtiges wird aber mitnichten allein dadurch falsch, weil es auch von Leuten bzw. Organisationen formuliert wird, die ansonsten Antimarxistisches vertreten. Die Losung der Diktatur des Proletariats etwa wird ja nicht dadurch trotzkistisch, daß sie auch von trotzkistischen Organisationen vertreten wird.

Inhaltlich hat es weder im alten ZK noch auf dem Parteitag eine kontroverse Diskussion über diese Passage der Resolution gegeben. Es versteht sich von selbst, daß das alte ZK und der Parteitag nur über den Inhalt der Resolution diskutiert haben und überhaupt keinen Anlaß gesehen haben, zu prüfen, ob irgendwelche Passagen irgendwo abgeschrieben worden sind.

2. Es ist dem Genossen P.R. insofern Recht zu geben, daß es ein Politikum für sich wäre, wenn in einer Parteitagsresolution auf ein Dokument der IV. Internationale „zurückgegriffen" worden wäre. Und zwar auch dann, wenn es um die Formulierung einer Position geht, die inhaltlich gar nicht spezifisch trotzkistisch ist.

Wir haben die von Dir angeführte Resolution des „vereinigten Sekretariats" der „Vierten" nicht und die von Dir behauptete Identität der Passagen nicht nachgeprüft. Der Einfachheit halber haben wir den Genossen Ernst Aust, der vom alten ZK mit der Ausarbeitung dieser Resolution beauftragt worden war, um eine Stellungnahme gebeten. Genosse Aust schreibt:

„Was nun den Leserbrief des Genossen P.R. betrifft, so bin ich dafür, ihn unverzüglich zu veröffentlichen. Wie Du weißt, wurde die Resolution „Sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats" wie auch die anderen Resolutionen zum Parteitag erst einmal im ZK diskutiert und dann ein Genosse beauftragt, in diesem Fall ich, sie auf Grundlage dieser Diskussion zusammenzufassen, zu schreiben, um sie dann vom ZK (einstimmig) verabschiedet dem Parteitag vorzulegen. Ich weiß nun heute beim besten Willen nicht mehr, von wem ich den einen oder anderen Gedanken, die eine oder andere Passage habe. Jedenfalls besitze ich keine „Resolution des vereinigten Sekretariats der IV. Internationale, 1977", was natürlich nicht ausschließt, daß ich die von P.R. zitierte Passage aus oder in Anlehnung anderer mir vorliegender Unterlagen formuliert habe. Natürlich hat der Genosse P.R. recht. Das mit „der Arbeiterklasse als Klasse der „assoziierten Produzenten"" ist Unsinn und bezieht sich nach Engels erst auf die kommunistische Gesellschaft. Interessant ist nur, daß immer, wenn etwas kritisiert wird, ich, wenn nicht, es das ZK geschrieben hat."

Kein Opportunismus

Betr. Leserbrief an Roten Morgen

Der Genosse M.H., Marl im RM Nr. 14 macht es sich sehr leicht, wenn er schreibt: „Die angebliche Notwendigkeit eines neuen Parteiprogramms wird in wenigen Schritten ‚bewiesen', 1) unter den klassenbewußten Arbeitern ist eine zunehmende Tendenz feststellbar, den Kapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen, 2) Antworten, die die Kommunisten geben, werden nicht akzeptiert, 3) das liegt an den Antworten, 4) wir brauchen ein neues Programm! Peng! So schnell geht das, nachzulesen im TO 10, S. 4".

Er stellt es also so dar, als gäbe es die Programmdiskussion, weil die Antworten der KPD nicht akzeptiert würden; als sähe das ZK die Lösung darin, gut klingende Antworten aufzustellen, um so die Arbeiter politisch einzufangen, bzw. anderen politischen Kreisen (DKP bis Grüne) nach dem Munde zu reden. Dies wäre in der Tat opportunistisch.

Ich habe nachgelesen und stelle fest, daß es sich in Wirklichkeit doch anders verhält.

Stellen wir noch einmal fest: folgendes „Phänomen" ist doch in den letzten Jahren zu beobachten, nämlich, daß durch Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse die antikapitalistische Stimmung zugenommen hat. Bei den klassenbewußten Arbeitern, also denjenigen, die im Bewußtsein des Gegensatzes von Kapital und Arbeit die Auseinandersetzungen führen, ist sogar vermehrt zu beobachten, daß sie das Kapitalismussystem grundsätzlich in Frage stellen, „punktuell sogar Eingriffe in die unternehmerische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gefordert werden" (siehe Beschluß der Vertrauensleute von Hoesch). **Wieso**, verdammt noch mal, **wenden sich diese Leute nicht der KPD zu?** Beantworten wir diese Frage ungenügend, müssen wir konsequenterweise befürchten, daß bei fortschreitender Krise die breiten Arbeitermassen zwar das kapitalistische System grundsätzlich in Frage stellen, die KPD sie aber keineswegs in Richtung Sozialismus mobilisieren kann.

Wer diese Problemstellung gewissenhaft angehen will, darf nicht davor zurückschrecken, die Grundlagen der KPD einer Überprüfung zu unterziehen, es sei denn, er will mögliche Antworten von vornherein ausklammern. Dies wäre zwar der bequemere Weg, aber auch der unwissenschaftliche. Das ZK hat diese Untersuchungsarbeit geleistet, im TO Nr. 9 und 10 veröffentlicht. Davon ausgehend, von diesem Fundament sozusagen, begründet das ZK seine Thesen und den Programmentwurf. Ob dieses Fundament unzureichend oder sogar unbrauchbar ist, darüber muß die Debatte gehen, aber **inhaltlich und sachlich**, sonst ist es Zeitverschwendung (gell, ihr Bolschewiki!)

Ich teile nicht den Standpunkt, daß die Überwindung unserer dogmatischen **Verengung der marxistischen Theorie** die einzige Antwort auf die Ausgangsfrage ist, für mich aber die wesentliche, der Knackpunkt, gewissermaßen.

Unserer Arbeitsweise in der Praxis, von Schulung bis zur Teilnahme und **Organisierung von Aktionen und Kämpfen**, läßt sicher noch viel zu wünschen übrig. Deren Systematisierung und Förderung hat das ZK sehr ungenügend betrieben. Da sollte es auch mal bei der KJD in die Schule gehen. Wer aber darin das Hauptübel sieht, darf nicht vergessen, daß es durchaus, wenn auch vereinzelt, sehenswerte Praxis gibt, wozu ich z.B. die Hösch-Betriebszelle zähle. Und nicht zuletzt durch die „Blind"-Zeitung hat die KPD einen relativ großen Bekanntheitsgrad erreicht.

Zum Schluß noch einige Worte an die Genossen/innen, die immer wieder H.D. Koch des Opportunismus, Trotzkismus, Titoismus usw. bezichtigen (vielleicht ist er auch ein Agent der Bourgeoisie mit dem Auftrag, die Avantgarde des Proletariats von innen zu zersetzen?) Merkt ihr denn nicht, welche scharfen theoretischen Waffen wir durch die Untersuchungsarbeit und des darauf aufbauenden Programmentwurfs gewinnen? Wenn wir diese politisch zu nutzen verstehen, ist dies unter anderem der politische Todesstoß für die DKP. Der bürgerlichen Propaganda, die ja immer wieder den „realen Sozialismus" ausschlachtet, wird ein deftiger Schlag versetzt.

Wenn wir also verfechten,

- daß sich die Arbeiterklasse **gegen den eigenen Staat sichern muß, und deshalb zum Beispiel das Streikrecht braucht,**
- **daß es darum geht, daß das „Absterben"** des Staates sofort beginnt, und **nicht wie im Ostblock das Gegenteil,** nämlich die „Stärkung" zum Prinzip gemacht wird,
- daß über den Wirtschaftsplan demokratisch entschieden wird.

Ein Garantieschein ist dies keineswegs, denn die Realität zwingt immer wieder zu Kompromissen und Umwegen, wie die Geschichte der sozialistischen Sowjetunion zur Genüge aufzeigt, dann den Kurs nicht aus den Augen zu verlieren, ist Aufgabe der Kommunisten.

Ein, wie M.H., Marl, mich nennt, „zwar gutwilliger, aber marxistisch ungenügend geschulter Genosse, dem sich die bürgerliche Ideologie spontan am meisten aufdrängt".

H.W., Köln

Zum Dregger-Brief

Betr.: Der Brief des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger an 53 US-Senatoren

Nachdem ich Gelegenheit hatte, den Brief im Wortlaut zu lesen, bin ich der Meinung, daß dieser Brief nicht unwidersprochen bleiben darf.

Herr Dregger fragt die Senatoren: „... ob sie im deutschen Volk, das zwölf Jahre lang einer grausamen Diktatur unterworfen war..." Damit bestätigt er, daß der Hitler-Faschismus eine Diktatur war. Gleichzeitig ist er aber stolz, als 24jähriger am letzen Kriegstag mit seinem Bataillon (als Offizier, das verschweigt er schamhaft) die Stadt Marklissa in Schlesien gegen die Angriffe der Roten Armee verteidigt zu haben.

Dieser Dregger hat also mitgeholfen, diesen verbrecherischen Krieg zu verlängern, das heißt, die Not, das Elend und Grauen, die Verbrechen an Millionen von unschuldigen Kindern, Frauen und Männern **bewußt in Kauf genommen**. Ihm tut sein Bruder leid, das Schicksal haben Millionen durch den Wahnsinn des Krieges erlitten. Kein Wort für die Millionen Gequälter, Geschundener und Ermordeter in den Konzentrationslagern! Kein Wort über die unschuldigen Frauen und Kinder, die in den Bombenhageln in den Städten umkamen!

Warum ich das schreibe? Weil ich 1945 auch 24 Jahre alt war. Aber ich hatte schon ca. fünf Jahre Haft im Gefängnis und KZ als politischer Häftling hinter mir. 1944 wurde ich aus dem KZ Sachsenhausen zur Hitler-Wehrmacht eingezogen. Ich sollte nach dem Willen der Naziverbrecher helfen, den Krieg zu verlängern.

Aber ich desertierte zur Roten Armee und kämpfte gegen den Hitler-Faschismus, um diesen grausamen und verbrecherischen Krieg schneller zu beendigen.

Herr Dregger ist Mitglied einer christlichen Partei, die vor einigen Monaten den Männern und Frauen des Widerstandes vom 20. Juli 1944 gedachte. Dabei waren auch viele Offiziere, die das Verbrechen Hitlers und seiner Hintermänner aus der Großindustrie — wohl spät, aber sie haben es erkannt - erkannt haben, und haben gegen die Fortdauer des Krieges gekämpft, und viele mußten ihr Leben dafür lassen. Daran sollte Herr Dregger sich ein Vorbild nehmen und nicht noch stolz sein, am 8. Mai 1944 für die Naziverbrecher gekämpft zu haben.

In der Welt schaut man auf uns Deutsche, die Verbrechen sind noch zu frisch in der Erinnerung, die Jugend ist heute gefordert, den ewig Gestrigen die Maske vom Gesicht zu reißen, um einen neuen, in seinen Ausmaßen noch größeren verbrecherischen Krieg zu verhindern.

Harry Dubinsky

Beifall

Liebe Genossen!

Ich finde die beiden letzten Ausgaben des RM, die Nummern 15 und 16 so gut gelungen, daß ich spontan Beifall klatschen muß!

Es hat mir sehr gut der Artikel über die Bundeswehrpropagandaschau in Norderstedt gefallen und der Mut, daß so etwas publik wird. In Oberursel/Taunus hat nämlich eine ähnliche Bundeswehrschau stattgefunden, eine Luftwaffenschau auf der ~~KHD~~-Wiese. Die Militaristen zeigten hier am 20./21. April ihre neuesten technischen Errungenschaften. Natürlich gab es auch heftig Protest, ein breites Friedensbündnis organisierte eine Demo durch Oberursel, der viel Beachtung geschenkt wurde.

Dann finde ich es gut, daß endlich die Schonzeit gegenüber der MLPD vorbei ist und mit dem Artikel im RM 16/85 die „Theorie" der schwarkenden Stagnation bloßgestellt wird.

Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist die begonnene Titoismusserie, ich meine diesen Vorwurf an den eigenen Reihen wegen des Programmentwurfs der heutigen Zeit angepaßt, sollte das ZK nicht über sich ergehen lassen.

An dieser Stelle möchte ich ein Histörchen aus Südniedersachsen erzählen, die Geschichte vom Hilmschen Huckup, dem Hildesheimer Huckauf:

Junge lööt de äppel s-teihn
süsst kömmt dek de huckup an
die huckup isn s-tarken wicht
hält medm s-teeldeefs hard gericht.

Von ostfälisch auf hochdeutsch:

Junge, laß die Äpfel stehen
sonst kommt der „Huckup" an,
der „Huckup" ist ein starker Wicht,
hält mit dem Diebe hartes Gericht.

Der „Huckup" ist ein Kobold, der in den Wäldern der Höhenzüge wohnt, und immer, wenn jemand Äpfel stiehlt, ihm den Entsprechenden auf den Rücken hüpft und nicht vom Rücken springt, bis der Apfeldieb unter dem Drucke des Kobolds Last die gestohlene Ware fallen läßt.

Hannöversche Dönekens? Unsinn im RM? Nein!

Auch wir haben analog dem Äppelklauer unsere Vertreter, die glauben, den Marxismus-Leninismus gepachtet, oder besser: geklaut, zu haben und sich auf und davon machen, indem sie von „Kochismus" und ähnlichen Unsachlichkeiten reden. Jetzt müssen die Huckups ran und diesen Genossen symbolisch auf den Rücken springen, solange bis sie zu einer sachlichen Diskussion bereit sind!

Bis bald, mit sozialistischen Grüßen,
G. aus Frankfurt (Hochtaunushuckup)

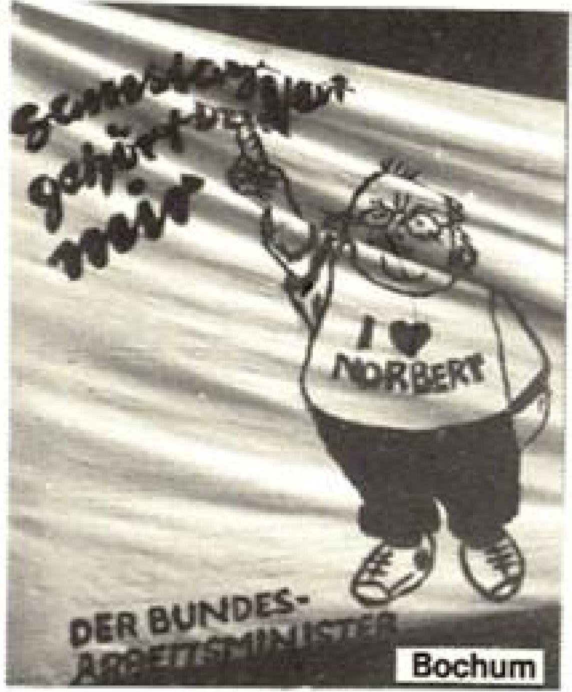
Am 1. Mai

700 000 auf der Straße

Nach Angaben des DGB beteiligten sich an den Aktionen zum 1. Mai rund 700 000 Menschen. Schwerpunkte waren in Nordrhein-Westfalen, wo etwa 130 000 Teilnehmer gezählt wurden und bei der zentralen Kundgebung in Hamburg. Dort kam es auch zu einem Polizeieinsatz gegen einen alternativen Block.

Politisch stand der Protest gegen die Politik der Bundesregierung im Mittelpunkt, Sozialabbau, Umweltverteilung zugunsten der Reichen, Aushöhlung der Tarife und wachsende Arbeitslosigkeit. In NRW traten eine Reihe sozialdemokratischer Bundes- und Landespolitiker wenige Tage vor der Wahl als Gastredner auf.

Auf zahlreichen Kundgebungen und Aktionen wurde von vielen Teilnehmern erneut die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert und Protest gegen die Flexibilisierung der Arbeit und die entsprechenden Bonner Arbeitsgesetze bekundet. Daß es an einigen Orten deutlich mehr Teilnehmer waren als in den letzten Jahren, lag nicht zuletzt an den jüngsten Maßnahmen der Regierung in bezug auf Renten und Arbeitsgesetze.



Bochum



Dortmund



Essen


München

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Zentrale Aktionskonferenz-Tage der Arbeitslosenbewegung
In Arbeitsgruppen und Diskussionen werden drei Hauptthemen behandelt „Zukunft der Arbeit", „Existenzielle Absicherung von Erwerbslosen" und „Perspektiven der Arbeitslosenbewegung"
Alle arbeitslosen Genossen und Leser sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen.
Freitag, 17. Mai, ab 12 Uhr
(Kundgebung am Jungfernsteg,
Marsch zum Tagungsort — HWP) bis Sonntag, 19. Mai, 14.00 Uhr
Kontaktadresse: AG ZAKT c/o Susan Naumann
Wartenau 9 2 Hamburg 76

Achtung: Termin geändert!

BREMEN

Veranstaltung der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft
„Nach dem Tod von Enver Hoxha — ein Rückblick"
Bürgerhaus Weserterrassen
Freitag, 3. Mai, 19.30 Uhr

WESTBERLIN

Stammtisch der KPD
„Der 8. Mai"
Freitag, 3. Mai, 18.30 Uhr
Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18

DORTMUND

Zentraler Arbeitslosentreff der KPD
Samstag, 1. Juni, 11.00 Uhr
Parteibüro Hörde

ZUM WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

HEILBRONN

Am 3. Mai, 20.00 Uhr
Wilhelm-Waiblinger-Haus, Schützenstraße 6
BWK, KPD, Volksfront

Wahlveranstaltung der KPD zur Landtagswahl NRW

DORTMUND

Freitag, 10. Mai, 19.30 Uhr
Gaststätte „Zeppelin", Am Nordmarkt
Programm: Kandidaten sprechen; Kabarett "Zeitzünder", Südafrikanische Musikgruppe, Gastbeitrag des PAC, usw.

RECKLINGHAUSEN

Freitag, 10. Mai, 20.00 Uhr
Autonomes Zentrum, Münster Str. 2a
Diskussion über Sozialismus ohne Mauern

KPD - SEMINAR

Termin: 1./2. Juni,
Thema: „Frauen und Familie im Sozialismus"
Nach dem Einstieg in die Diskussion auf dem letzten Frauenseminar waren wir uns ganz schnell einig, daß wir da ein ganzes Wochenende brauchen. Der Unkostenbeitrag liegt bei ca. 30,— DM.
Anreise: Samstag, 14.00 Uhr, Ende: Sonntag 14.00 Uhr
Anmeldungen: Ab sofort bei der Frauenabteilung der KPD

LÜBECK

KPD-Veranstaltung zum 8. Mai Mit Film „Du und mancher Kamerad" Dienstag, 7. Mai („Alternative"-„Treibsand", Wallhalbinsel) 20.00 Uhr

Parteibüros der KPD

und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 43 36 91 und 43 36 92.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraß 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstra. 70, Tel.: (0421) 39 38 88, geöffnet: Fr 18 -

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20 931.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel: (0203) 44 30 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 43 00 7 09, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 46 66 29.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68 a.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 413 18.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 69 93 82.

7000 Stuttgard 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 43 23 88, geöffnet: Mo = Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.
KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.